

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gefaltene Beitzelle 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Unser Verbandstag.

„Es war eine wirklich moderne Gewerkschafts-generalversammlung, sowohl, was den Inhalt der Beratungen wie den ganzen Verlauf der Verhandlungen betrifft.“ So Kollege Reichstags-Abgeordneter Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, in seiner Schlussansprache. Alle Teilnehmer am Verbandstage werden dem vollinhaltlich zustimmen. Eine ebenso umfangreiche wie wichtige Arbeit ist von der Generalversammlung geleistet worden. Einige der behandelten Fragen waren auch für die Öffentlichkeit von großem Interesse, was schon in der ausführlichen Berichterstattung der Presse, insbesondere der Münchener Tagesblätter, zu erkennen war.

Ueberaus herzlich, echt bayarisch gastlich, war der Empfang, der den Delegierten von unseren rührigen wüchener Kollegen zuteil wurde. Schon am Abend der Ankunft hatten die sonst vielfach zugeknöpften Norddeutschen Gelegenheit genug, die ungezwungene Gemütlichkeit und aufrichtige Gastfreundschaft der Münchener kennen zu lernen, so daß sie sich sofort in der bayerischen Hauptstadt recht heimisch fühlten. Von einer geradezu imponanten Wirkung war die große Begrüßungsversammlung am Sonntagabend. Aus allen Berufen und den entlegensten Teilen der ausgebreiteten Großstadt waren die Mitglieder und Freunde der christlichen Gewerkschaften mit ihren Damen erschienen, um dem Verbandstag der christlichen Metallarbeiter dadurch ihr Interesse zu bekunden. Der bis zum letzten Platz gefüllte große Saal des St. Josephshauses hat vielleicht noch selten eine gewerkschaftliche Veranstaltung innerhalb seiner Mauern gesehen, die einen so glänzenden und begeisterten Verlauf genommen hat. Und welche Stimmung von Anfang bis zu Ende! Die war nicht erkünstelt, sie war wie von selbst da und kam aus vollem Herzen. „So etwas bringen wir im kühlen Norden nicht zuwege,“ sagte ein Kollege, als wir nach Mitternacht auf der Brücke über die trübten Fluten der hochgehenden Isar unserm Quartier zupilgerten.

Zahlreich waren auch Vertreter anderer Korporationen und Angehörige anderer Stände als Ehrenäste erschienen. Wir nennen nur die Herren Abg. Walterbach, Verbandspräsident der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, Landessekretär Heinrich von den evangelischen Arbeitervereinen Bayerns, Reichstagsabgeordneter Schiffer als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, ferner die Reichstagsabgeordneten Schirmer und Becker, die Landtagsabgeordneten Oswald, Büningbauer und Dauer, der Vorsitzende der Münchener Zentrumspartei, Herr Abela, eine ganze Anzahl Präsidien von konfessionellen Arbeitervereinen usw. „Eine solche herzliche, aber auch imponante Begrüßung ist unseren bisherigen Verbandstagen noch nie zuteil geworden. Das ist auch ein Beweis von der Entwicklung und wachsenden Bedeutung unseres Verbandes,“ konnte mit vollem Rechte der Zentralvorsitzende Kollege Wieber in seiner Festrede betonen.

Die sachlichen Verhandlungen der Generalversammlung nahmen einen programmgemäßen, einmütigen Verlauf. Gewiß gab es in manchen Fragen eine Verschiedenheit der Meinungen — traurig wär's ja, wenn es anders wäre — aber durch die eingehenden Debatten klärten sich die Ansichten und ließen schließlich in ein Ziel zusammen. Es war ein wichtiger und den Verbandstag ehrender Moment, als nach einer langen, teilweise erregten, Debatte der Beschluß bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsreform mit Einstimmigkeit zur Annahme gelangte. Der dröhnende Beifall war auch ein Beweis dafür, daß die Delegierten die Bedeutung dieses Resultats bewußt waren. Unsere Mitglieder draußen im Lande aber müssen jetzt aus der Einmütigkeit des gefaßten Beschlusses die Verpflichtung erkennen, mit allen zu Gebote stehenden Kräften den Beschluß praktisch durchzuführen. An den Kollegen selbst liegt es, das

Ergebnis zu einem segensreichen für den Verband zu gestalten.

Mit der Einführung von Staffelbeiträgen ist die Generalversammlung dem Wunsche des größten Teiles der Mitglieder gerecht geworden und damit sind wir als jüngste Metallarbeiterorganisation den beiden Konkurrenzverbänden vorausgegangen. Das allein beweist auch die Haltung der gegnerischen Einwürfe, daß wir stets den Gegenverbänden nachhinkten und alles nachmachten. Unser Verband ist Mannes genug, seine eigenen Wege zu gehen.

Glanzleistungen waren die gehaltenen Referate, sowohl in der Form wie in ihrem wertvollen Inhalt. Darüber herrschte nur ein Urteil. Daß dies auch von Außenstehenden anerkannt wurde, beweisen die Ausführungen einer bürgerlichen Zeitungs-korrespondenz, die über die gehaltenen Referate und den Gesamteindruck der Beratungen folgendes Urteil fällt:

„Die Verhandlungen erbrachten wiederum einen Beweis dafür, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch geistig eine sehr schnelle Entwicklung zur Höhe genommen hat. Die Debatten vollzogen sich unter der abgerundeten und sicheren Leitung der beiden Verbandsvorsitzenden korrekt, ohne Weitschweifigkeit, so daß das ungeheure Arbeitspensum, das die Verbandsleitung dem Kongreß gestellt hatte, leicht und schnell in der in Aussicht genommenen Zeit erledigt werden konnte. Die Ausführungen der Referenten und fast aller Diskussionsredner ergänzten diesen Eindruck durchaus, auch wenn man von dem vorzüglichen Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Mayer über das Chindiktatswesen abliest. Das Referat über die Statistik hätte einem fachmännischen Statistiker alle Ehre gemacht. Die Ausführungen über die Werkspensionskassen verrieten eine sichere, umfassende Beherrschung der Materie, nicht bloß auf tatsächlichem Gebiete, sondern vor allem auch in der verwickelten Rechtslage. Die einzelnen Delegierten aber wußten, was sie wollten und brachten ihre Ansicht meistens in knapper Form, die sich durch Klarheit und — was bei den meisten Kongressen eine Seltenheit ist — in einwandfreier Sprache zum Ausdruck. In ihrer Totalität steht die Tagung jedenfalls hoch über vielen anderen Kongressen, deren Mitglieder nicht Arbeiter sind.“

Nicht minder vorzüglich und inhaltreich wie die drei hier genannten Referate war auch das des Kollegen Wieber in geschlossener Sitzung über „Taktik und Strömungen im Gewerkschaftsleben.“ Aus ihm konnten die Delegierten und freigestellten Beamten überaus viel lernen.

Neben der ersten Arbeit haben die Delegierten aber auch noch etwas Zeit gefunden, die großartigen Sehenswürdigkeiten Münchens, wenigstens teilweise, zu besichtigen. Ein gemeinsamer Besuch der großen Ausstellung und Ausflug zum Starnbergersee, ferner Besichtigung der berühmten Kunst- und Baudenkmäler innerhalb der Stadt sorgten sowohl für Belehrung wie Erholung während der arbeitsreichen Tagung. Aus dem Herzen aller Delegierten sprach auch Kollege Klost, als er beim Schluß der Generalversammlung für die gründliche Vorbereitung und gastliche Aufnahme dankte. Und als Kollege Wieber mit einem brausenden Hoch auf den Verband die Tagung schloß, da waren sich alle Teilnehmer voll auf bewußt, daß sie an einem Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte unserer Organisation mitgearbeitet hatten. Jeder hat das Beste für den Verband und die Kollegen gewollt und auch mit Fleiß und Ausdauer in diesem Sinne mitgewirkt. Die Delegierten haben ihre Arbeit und Pflicht getan, jetzt haben die Mitglieder die praktische Ausführung und Weiterarbeit in Händen. Um sie nun ebenfalls ihre Pflicht, dann wird die fünfte Generalversammlung unseres Verbandes dem Verbands- und allen Kollegen zum Segen gereichen.

1. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen am Sonntag, den 6. September.

Schon vor der festgesetzten Zeit, nachmittags 5 Uhr, hatten sich die Delegierten, sowie eine große Anzahl Münchener Kollegen und andere Gäste mit ihren Damen im festlich geschmückten großen Saal des St. Josephshauses zusammengefunden. Als Vorsitzender des Lokalkomitees nahm zunächst Kollege Westermeyer-München, das Wort, um in herzlicher Weise den Zentralvorstand, alle Delegierten, sowie die Gäste willkommen zu heißen. Die Münchener Kollegen hätten sich gefreut, daß der Verbandstag nach München gekommen sei und sie würden sich für diese Ehre durch die Tat dankbar zeigen. Hoffentlich werde die Generalversammlung erfolg- und segensreiche Arbeit leisten, die mit goldenen Lettern in die Verbandsgeschichte eingetragen werden könne. In dieser Erwartung saae er allen Delegierten und Gästen ein herzlich willkommen in München.

Verbandsvorsitzer Kollege Wieber dankt dem Vorredner im Namen der Zentralleitung und aller Delegierten für den Willkommensgruß. Die Wahl von München als Tagungsort unserer 5. Generalversammlung solle allen Münchener und süddeutschen Kollegen ein Beweis sein, daß eine Mainlinie innerhalb unseres Verbandes nicht besteht. Die christlichen Metallarbeiter fühlen sich überall heimisch, ganz gewiß auch im schönen, gastlichen München. Den Delegierten stehen arbeitsreiche Tage in Aussicht, aber hoffentlich wird sich auch noch ein wenig freie Zeit finden, um die berühmten Kunstschätze und Naturschönheiten Münchens wenigstens teilweise in Augenschein zu nehmen. Die Tagesordnung der fünften Generalversammlung unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes ist äußerst umfangreich und wichtig. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte, um diese Arbeit in der vorgesehenen Zeit zu erledigen. Aber wenn sich alle Delegierten ihrer übernommenen Verantwortung und der Wichtigkeit der bevorstehenden Arbeit bewußt sind, dann wird unsere Tagung in München vom segensreichen Erfolge für den Verband begleitet sein. In dieser Erwartung erkläre ich hiermit die fünfte Generalversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands für eröffnet.

Hierauf folgten die Wahlen für die Leitung der Verhandlungen und für die notwendigen Kommissionen. Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege Wieber und als Stellvertreter Kollege Klost gewählt. Als Schriftführer die Kollegen Konrad-Nürnberg, Hartmann-Hamburg und Balde-Bochum. Als Listenführer Westermeyer-München und Wallbaum-Welefeld. In die Mandatsprüfungskommission wurden folgende Kollegen gewählt: Weiser-Gütenbach, Sauerbrey-Pagen, Wolmer-Oldberg, Ruhn-Porzheim und Hirtfelder-Essen. Zur Sichtung und Vorbereitung der zahlreichen Anträge betreffs Beitrags- und Unterstützungsweisen wurde eine Kommission aus folgenden Kollegen zusammengeführt: Winter-Berlin, Wolffs-Nachen, Schümmmer-Rattowitz, Schwarz-Würzelen, Weiber-Gütenbach, Weinbrenner-Hamm, Konrad-Nürnberg, Wernerus-St. Ingbert, Tränkle-Freiburg, Herdelmann-Osnabrück, Wolmer-Oldberg, Hartmann-Hamburg, Gelpenstell-Mülheim (Rhein), Klost und Wieber.

Diese Wahlen wurden einstimmig vollzogen und dann noch eine Tagungszeit von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachm. von 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Kommissionen tagen von abends 8 1/2 bis 11 Uhr. Mit der vorge schlagenen Tages- und Geschäftsordnung erklärten sich die Delegierten einverstanden, worauf Kollege Wieber die Verhandlungen auf Montag Vormittag 9 Uhr vertagt.

Die Festversammlung

Die abends um 7 Uhr begann, sah den großen Saal des St. Josephshauses bis auf den letzten Platz besetzt, sogar die Galerien hatten sich gefüllt. Als Ehrengäste waren antwesend die Herren Abgeordneter Verbandspräsident Walterbach als Vertreter des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, für die evangelischen Arbeitervereine der bayerische Landessekretär Heinrich

Berg, ferner die Herren Reichstagsabgeordneten Schiffer, gleichzeitig in Vertretung des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften —, Becker, Schirmer, die bayerischen Landtagsabgeordneten Dswald, Königbauer und Duner, Landessekretär Dr. Brem vom Volksverein für das kath. Deutschland, die christlichen Gewerkschaftsbeamten Münchens und eine ungezählte Schar christl. Gewerkschaftler aller Berufe mit ihren Damen. Vom Magistrat der Stadt München war folgendes Schreiben eingelaufen:

München, den 4. Sept. 1908.

Zudem wie für die freundliche Einladung zu dem am 7., 8. und 9. September tagenden Generalversammlung Ihres Verbandes bestens danken, teilen wir mit, daß wir hierzu als Vertreter der Stadt München, auf Grund Beschlusses vom heutigen, Herr Magistratsrat Nagel, kgl. Kommerzienrat, abgeordnet haben.

Dr. v. Bummer, Bürgermeister.

Kollege Nagel, Bezirksleiter des christl. Metallarbeiterverbandes für Südbayern, begrüßte in schwingenden Worten die imposante Festversammlung. Besonders hieß er willkommen die Delegierten, die aus allen Ecken Deutschlands in München zusammengekommen seien, um erste Arbeit zu leisten im Dienste der Organisation.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe seit den ersten Jahren ihres Entstehens in München Wurzel gefaßt. Die Münchener Kollegen würden auch in Zukunft ihre Ehre darin suchen, an der Ausdehnung und Stärkung des Verbandes tätigen Anteil zu nehmen. Ermutigt und bestärkt würden sie in diesem Bestreben durch die hohe Ehre, die ihnen durch die Tagung der Generalversammlung in München zuteil geworden sei.

München sei weit bekannt als eine Stadt, reich an Schätzen der Kunst und Wissenschaft. Besonders ansgeprägt sei hier das Kunstgewerbe, wie ein Besuch der jetzigen Ausstellung deutlich zeige. Redner gab dem Wunsche Ausdruck, daß den Delegierten neben der arbeitsreichen Tagung soviel freie Zeit bleibe, um einen kleinen Einblick zu nehmen in die vielen Schatzkammern der Stadt auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst und des Gewerbes. Wir seien treue Söhne des Vaterlandes, und bei dem heutigen feierlichen Anlaß sei es eine Pflicht der Pflicht, der höchsten Autoritäten in Reich und Staat zu gedenken. Zweifellos sei auf dem Gebiete der Sozialreform ein Fortschritt zu verzeichnen. Möchten auch in Zukunft unsere berechtigten Wünsche berücksichtigt werden. Das bis jetzt Geschaffene erkennen wir dankend an. Seine Ausführungen gipfelten in einem Hoch auf Kaiser und Prinzregent, das brausend durch den gefüllten Saal erklang.

Kollege Nagel (Holzarbeiter) wünscht im Namen des Bezirksleiters der christlichen Gewerkschaften Münchens, daß es den Delegierten in der bevorstehenden Sitzung gefallen möge und daß die Verhandlungen des Verbandstages zum Segen des christl. Metallarbeiterverbandes und zur Ehre der gesamten christl. Arbeiterbewegung verlaufen möchten.

Herr Abgeordneter und Verbandspräsident Walterbach betonte unter stürmischem Beifall der Versammlung die treue Waffenbrüderschaft der süddeutschen katholischen Arbeitervereine mit den christlichen Gewerkschaften. Der vor 14 Tagen in Rempten stattgefundene Delegiertentag habe diese zwar schon lange geklärte Frage nochmals unabweisbar beantwortet und doppelte unterstreichen, gleichzeitig die beharrliche gelbe Bewegung entschieden verurteilt. Dem deutschen Vaterlande einen festen, leistungsfähigen, stark und selbstbewußt dastehenden, kulturell gehobenen und geistig gebildeten Arbeiterstand heranzuziehen, das sei das gemeinsame Ziel der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine. — Seine Ausführungen wurden von einem begeisterten Beifallssturm begleitet.

Der Sekretär der evangelischen Arbeitervereine Bayerns, Herr Henrici-Münchberg, begrüßte die Tagung im Namen der evangelischen Arbeitervereine. Er betonte, daß ein treues Zusammenarbeiten der christl. Gewerkschaften und evang. Arbeitervereine im Interesse von Staat und Gesellschaft liege, für den Arbeiterstand aber eine zwingende Notwendigkeit sei. Die evangelischen Arbeitervereine Bayerns seien bereit dazu und er freue sich, in diesem Sinne den Verbandstag der christl. Metallarbeiter begrüßen zu dürfen. Diese Erklärung wurde mit reichem Beifall aufgenommen.

Reichstagsabg. Schirmer, seit Gründung und auch heute noch Mitglied des christl. Metallarbeiter-Verbandes, gab seiner Genugtuung und Freude Ausdruck, daß sich die christliche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unser Verband im besondern eine solche einflußreiche und achtunggebietende Stellung erobert hätten. Aber noch hätten wir erst den Anfang der Arbeit geleistet, nach Hunderttausende müßten zur wirtschaftlichen Erkenntnis und geistigen Erwachung gebracht und unter unserm Banner vereinigt werden. Daran mitzuarbeiten, sei Kulturarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Redner schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Versicherung, daß er und seine übrigen Kollegen in den Parlamenten in Unterstützung dieser Arbeit nicht erlahmen würden.

Verhandlungsleiter Wieber, schon beim Betreten des Podiums von stürmischem Beifall begrüßt, dankte im Namen des Verbandes den Münchenern für den überaus herzlichen, gastlichen Empfang, namentlich auch denen, die durch ihre vorzüglichen Darbietungen mit Wort, Sang und Klang dieses Fest in so herrlicher Weise verschönerten. Er begrüßte sodann in herzlichen Worten die zahlreichen Ehrengäste.

Besondere Bedeutung habe gerade zur jetzigen Zeit die Versicherung der treuen Waffenbrüderschaft seitens der offiziellen Vertreter der konfessionellen Arbeitervereine. Es seien Kräfte an der Arbeit, die lokale Geltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung öffentlich zu verdrängten und insbesondere ihre Führer in Mißkredit zu bringen. Die christlich organisierten Arbeiter achten und ehren die Autorität in Staat und Kirche, aber sie dürfen sich in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit niemals antastet lassen. Schwere Kämpfe hätten die christlichen Berufsorganisationen in ihrer kurzen Vergangenheit nach der Richtung hin schon führen müssen, und auch in absehbarer Zukunft würden sie uns leider nicht erspart bleiben. Aber im Vertrauen auf die gerechte Sache der christlichen Arbeiterbewegung

den wir vor diesen Schwierigkeiten nicht zurückschrecken, sondern unser Banner unentwegt hochhalten. Ein Beweis für die wachsende Bedeutung unserer Bewegung sei die heutige glänzende Festversammlung, sowie die Tatsache, daß die Verwaltung der Reichsstadt München einen offiziellen Vertreter zu unseren Verhandlungen abgeordnet habe. Redner schloß seine, durch wiederholten Beifall unterbrochene Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das weitere Wachsthum und Blühen der christlichen Arbeiterbewegung.

Namens der Leitung des Gesamtverbandes sprach dessen Vertreter Kollege Reichstagsabg. Schiffer-Münchberg herzliche Worte der Begrüßung. Der Vorstand des Gesamtverbandes wünsche der Tagung besten Erfolg; er verfolge mit Interesse und freundschaftlichen Wünschen für die Zukunft die gute Entwicklung des Metallarbeiterverbandes. Mit besonderer Genugtuung müsse festgestellt werden, daß die Beziehungen zwischen dem christl. Metallarbeiterverband und dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften immer bessere und herzlichere geworden seien. Redner führte u. a. weiter aus, daß auch die christl. Textilarbeiter lebhaften Anteil an ihrem Bruderverbande der Metallindustrie nähmen. Auch die Textilarbeiter gehören der Großindustrie an; die Maschinen, Webstühle usw. seien von Metallarbeitern hergestellt und erinnern sie stets an ihre Brüder in der schweren Industrie. Mögen die Verhandlungen Ihrer 3. Generalversammlung dem Verbands und seinen Mitgliedern zum Segen gereichen.

Dann wandte sich Kollege Schiffer in teils ernsten, teils humorvollen Worten an die anwesenden Frauen und Kolleginnen, sie zu eifriger Mitarbeit für unsere christliche Gewerkschafts Sache aufzuerstern. Den anwesenden Damen, den Frauen unserer Gewerkschaftler, den Kolleginnen, galt sein Hoch.

Damit war der Reigen der Redner erschöpft. Das übrige Programm des Abends war sehr reichhaltig, die Darbietungen die vorzüglichsten. Ungeteilt lob verdient die kath. Sängerrunde Giesing, der Singchor des kath. Arbeiterinnenvereins Giesing, die trotz des großen Programms wiederholt zu Jugaben genötigt wurden. Eine gütige Fee sprach einen poetischen Willkommengruß und ein echtes lebhaftes Münchener Kind in der Nationaltracht dieses Münchener Wahrzeichens hielt eine originelle Begrüßungsansprache, die mit der Ueberreichung eines mächtigen Brette's echter Nadi, an den Verbandsvorsitzenden Wieber, Stürme des Beifalls auslöste. Daß der bayerische Nationalhymne „Schnhplattler“ nicht fehlte, versteht sich an Munde. Eine Lichtbildvorführung des Kollegen Reich-München schloß mit dem Bild des Kollegen Wieber. Mustergütige Darbietungen bot auch die Turnabteilung des Zentral-Gesellenvereins. Allen Beteiligten sei für ihre unermüdete Mitarbeit zur Verschönerung des Abends auch an dieser Stelle nochmals öffentlich gedankt. Dieser genugsame Abend wird allen auswärtigen Delegierten in stetiger Erinnerung bleiben.

2. Verhandlungstag.

Die Verhandlungen wurden am Montag, vorm. 9 Uhr, vom Voss. Wieber eröffnet. Die Reichstagsabg. Schiffer, Schirmer und Becker nahmen an den Verhandlungen teil, ebenso auch Herr Landessekretär Dr. Brem und Herr Arbeitersekretär Henrici. Als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes Oesterreichs war Kollege Kraus-Wien anwesend, später auch die bayerischen Abgeordneten Dswald und Königbauer, sowie eine weitere Anzahl Gäste.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erstattete Kollege Wieber den Geschäftsbericht. Von einer Wiedergabe seiner mündlichen Erläuterungen zu dem umfangreichen, im Druck erschienenen Vorstandsbericht kann an dieser Stelle abgesehen werden. Die Mitglieder seien auf den gedruckten Bericht verwiesen, der in der Hand eines jeden Kollegen sein soll.

Vor Eintritt in die Generaldiskussion erstatteten die Revisoren der Hauptkasse, die Kollegen Firtzinger und Klost, Bericht über das Resultat der eingehenden Prüfung der Hauptkasse. Es sei alles in mustergültiger Ordnung befunden worden und dem Kassierer Kollege Herzog, gebühre wohlverdienter Dank und Anerkennung. Sie beantragten ihm Decharge zu erteilen.

Kollege Klost weist darauf hin, daß bis zum vorigen Jahre Herr Rentmeister Barthel die Kassengeschäfte verwaltet hat. Nachdem diese nun Kollege Herzog übernommen hat, sei es unsere Pflicht, dem Herrn Barthel für seine uneigennütigen und peinlich genaue Kassensführung den Dank der Generalversammlung auszusprechen. (Bravo!) Kollege Wieber übernimmt es, dieses dem Herrn Barthel zu übermitteln.

Nunmehr beginnt die Generaldiskussion.

Als 1. Redner erhält das Wort Koll. Weinbrenner-Hamm: Der Geschäftsbericht unseres Vorstandes ist so übersichtlich und inhaltreich, daß eigentlich nicht mehr viel zu sagen ist; wünschen möchte ich aber auch, daß die Berichte der Bezirksleitungen mit derselben Sorgfalt würden, damit wir auch über die einzelnen Bezirke eine genaue Uebersicht erhalten. Nun einige Angaben aus unserem Bezirk. Im Jahre 1907 steigerten wir unsere Mitgliederzahl um etwa 500; die Durchschnittsbeitragsleistung betrug 46,8, somit stehen wir entgegen dem allgemeinen Verbandsdurchschnitt mit 40,7, wohl günstig da. Im Bezirke, der etwa 30.000 Metallarbeiter aufweist, ist der Arbeitsmarkt gegenüber dem Bericht, wo auf Seite 20 des Geschäftsberichts angegeben, inzwischen noch schlechter geworden. Die sozialdemokratischen Organisationen sollen, um Mitglieder zu treiben, für die einzelnen Ausjehtage Arbeitslosenunterstützungen zahlen.

Es kann allerdings für uns viel erreicht werden namentlich in der Gegend von Dagen, wenn die nötigen Kräfte vorhanden sind. Ueber die sonstigen Verhältnisse, wie unseren Lohrkampf in Asten usw., ist bereits durch das Verbandsorgan ausführlich berichtet worden. Wir auf der ganzen Linie voran kommen dann geht es nur durch Hausagitation; im allgemeinen sind die Kollegen aber hierfür sehr schwer zu haben. Augenblicklich sind wir in unserer Ortsverwaltung dabei, ein ganz neues System für die Hausagitation auszuarbeiten. Wir sollten überhaupt mehr Gewicht auf die Hausagitation legen, weil sie das beste Mittel ist, um voranzukommen. Ein Erfahrungsaustausch im Verbandsorgan könnte gar nichts schaden.

Wieber: Die Berichte der Bezirksleiter konnten diesmal nicht gut an den Vorstandsbericht angegliedert werden, da die Broschüre schon so umfangreich war und nicht weiter überladen werden durfte.

Schmih-Röhr: Nicht nur die Großindustriellen stehen auf dem Proletenstandpunkt der Herren im Hause, sondern auch noch viele Kleinunternehmer in ländlichen Bezirken. Ein drastisches Beispiel hatten wir in Friedenthal (Siegtkreis), wo ein Kleinunternehmer mit allen erdenklichen Mitteln unseren Verband zu vernichten suchte, während derselbe Unternehmer in Solingen mit der sozialdemokratischen Organisation einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Die Kampfweise unserer Gegner ist oft mehr wie gefährlich. Viele christliche Arbeiter erliegen dem Terrorismus der Genossen und befinden sich nur als Zwangsglieder in jenem Lager. Da gibt es für uns noch viel Arbeit zu leisten.

Kourab-Münchberg: Für Bayern wird mit Recht die politische freiere Luft gerühmt; hinter den Fabriktoren findet sich häufig die gleiche Atmosphäre wie z. B. in Saarabien und Oberschlesien. Besonders zeigt sich dies in der industriell aufstrebenden Oberpfalz. Vor den politischen Wahlen vergangenen Jahres allerorts tönende Reden über Arbeiterfürsorge, nach den Wahlen kostete diese „Fürsorge“ dem Verband über 1100 Mark an Maßregelungsunterstützung. Nicht einmal die Freiheit der Konklusion wurde respektiert. Bei dieser Gelegenheit hatte ich es für angezeigt, auf den unmoralischen § 153 der M. A. O. hinzuweisen, der den Zwang im Arbeiterinteresse wohl bis zu drei Monaten bestrafte, dagegen den gleichen Zwang im Unternehmerinteresse straflos ausüben läßt. In Augsburg konnte man sich bei den letzten Ereignissen auf diesen Paragraphen 153 stützen. Solche Vorkommnisse bieten sehr wenig Gewähr für die praktische Durchführung der für Bayern projektierten Schlichtungsorganisation.

Für die Agitation ist die Einführung von Unterrichtsreisen überaus wichtig. Bei selbst beschränkter Beteiligung sind diese vorteilhafter als manche große Versammlung. Was die Gelben anlangt, bricht sich die bessere Einsicht, trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse Bahn; selbst gelbe Agitatoren finden den Weg zur Organisation zurück. In einem Großbetrieb, der kürzlich für seine Gelben 4000 Bratwürste spendete, wurden von einem Meister Leute von 19 und 20 Jahren mit einem spanischen Rohr gezüchtet. Für manche wird dies ein Erziehungsmittel sein, zu der Erkenntnis, daß nur eine selbständige Standesbewegung die Würde und Rechte des Arbeiters wahren kann.

Wieber: Auf die Ausführungen des Kollegen Schmih möchte ich doch betonen, daß die Schanzmachereien mancher Kleinunternehmer mehr auf einen beschränkten Gesichtskreis und soziale Unmenschlichkeit zurückzuführen sind. Bei den Gewaltigen der Schwerindustrie aber ist es planvolle Ueberlegung und schlaue Berechnung. Das darf nicht außer Acht gelassen werden.

Hartmann-Hamburg: Wir müssen in Zukunft darauf bedacht sein, daß wir in den ländlichen Bezirken unseren Mitgliederstand stärken. Nun sagt Kollege Schmih, wir würden in diesen Bezirken noch bittere Kämpfe zu führen haben. Das ist richtig; ich habe hier von einer Probe auskosten müssen. Als wir in Dinklage die soziale Lage der dortigen christlichen Metallarbeiter verbessern wollten, da glaubte auch ein Firmen-Inhaber die Forderungen der Arbeiter durch einen Gewaltstreik aus dem Wege räumen zu können. Während der vorhandenen Differenzen versuchten die Hamburger Beamten des sozialdem. Metallarbeiter-Verbandes unsere Mitglieder zu veranlassen, eine Versammlung einzuberufen, in der ein sozialdemokratischer Redner auftreten und wir den Vorreferenten stellen sollten. So will man die ländlichen Arbeiter, die zumeist auf christlicher Grundlage stehen, überrumpeln, was hier jedoch nicht gelungen ist. Immerhin müssen wir die ländlichen Industriearbeiter über das Treiben der sozialdemokratischen Beamten aufklären, da die Arbeiter in jenen Gegenden meist noch sehr naiv veranlagt sind.

Koll. Wieber betonte in seinem Geschäftsbericht, daß der soziald. Metallarbeiter-Verband in den meisten Bezirken ohne uns nichts mehr unternehmen kann. Bisher sagte man auf sozialdemokratischer Seite, im Süden und Westen unseres Vaterlandes bilden die christlichen Gewerkschaften eine Macht, aber im Norden kommen dieselben doch nicht in Betracht. Kollegen, das ist anders geworden, auch im Norden

rechnet man heute mit uns; in Wensbüty haben wir jetzt eine Ortsgruppe, die nicht unterschätzt werden kann. Dort haben wir eine große Zahl Kollegen durch die unsinnige, von den sozialdem. Gewerkschaften inszenierte Matkeier gewonnen. Die Arbeiter sehen allmählich ein, daß ihnen mit derartigen Unsinn nicht gedient ist. In Bremen sind wir beim Abschluß des Tarifes der Schmiede mit beteiligt. So darf wohl gesagt werden, daß man mit uns rechnet. Im allgemeinen haben wir im nordischen Bezirk keinen Rückschritt, sondern Fortschritt. Es geht vorwärts auch im Norden.

Schilmer-Kattowik (Obereschl.): Obereschl. ist eines der wichtigsten Gebiete der Berg- und Hüttenindustrie mit den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft aller in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Damit ist die Stellung unseres Verbandes gegenüber diesem Gebiete gegeben. Die Nähe der Grenzen der für die Arbeitgeber der Eisenindustrie wichtigsten Importländer von Streifhämern und Lohndruckern, Rußland und Galizien, erschweren die Ausbreitung der Organisation in hohem Maße. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den vorbenannten Ländern wird für die Gestaltung der Lage der obereschlischen Arbeiter, besonders mitentscheidend sein. Andere Schwierigkeiten sind das vielfach gewerkschaftsfeindliche Verhalten vieler Gemeindebehörden, Amtsvorsteher und der Polizei. Neben bespricht dann noch den von den Berliner Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften seit Jahren geführten Vernehmungskampf, der gerade in Obereschl. auf Seiten der Fachabteilungen in ganz gehässiger Weise geführt wird. Eine Reihe von Vorläufern berechnen dazu, die Kampfesweise vieler Vertreter dieser Bewegung als direkt unehrlich und unwahrhaftig zu bezeichnen. Der bewundernswerte Opfernmut einer Anzahl von Kollegen in Obereschl. gibt uns aber Hoffnung, daß auch für dieses Gebiet einmal bessere Zeiten kommen werden.

Hirtfelder-Essen: Ein Krebsgeschaden für die Arbeiter der Großeisenindustrie in unserem Bezirk ist das übermäßige Überstundenwesen. Dadurch kommen manche Arbeiter gar nicht zum Nachdenken über ihre Lage. Die stark einsetzende Krise bei der Firma Krupp hat uns eine Stagnation in der Mitgliederentwicklung gebracht, die wir aber in Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund usw. wieder wett machen konnten. Unsere Mitgliederzahlen im Essener Bezirk sind höher wie die vom sozialdemokratischen Verband und wir werden alles daran setzen, uns diese dominerende Stellung zu erhalten.

Kuhn-Pforzheim: Es wäre zu empfehlen, wenn die Vorsitzenden der Bezirksstellen in jedem Quartal mindestens einen Vortrag halten müßten. Damit soll bezweckt werden, daß die Vorsitzenden genügend sind, sich einem eifrigen Studium der betreffenden Tageshinzu geben, um dann auch fähig zu sein, die Mitglieder in der richtigen Weise gewerkschaftlich schulen zu können. Dann wäre es notwendig, daß in späteren Geschäftsberichten unter der Rubrik Edelmetallarbeiter auch die Würtler, Metallschleifer, Metalldrücker usw. einbezogen werden. Sonst erscheint die Zahl der Edelmetallarbeiter viel zu niedrig. Die Zentralkommission möge nach Möglichkeit durch die internationalen Beziehungen, wenn möglich, auf die Arbeiterschaft in der Gegend von Mailand derart einwirken, daß die Schmuckkonkurrenz in der Edelmetallindustrie, die dort in der Blüte steht, niedergehalten wird. Zu betrachten der schwierigen Agitationsarbeit in Pforzheim, dem Hauptort der Edel- und Unedelmetallindustrie würde es für die Weiterentwicklung unseres Verbandes von großem Nutzen sein, wenn möglichst bald ein freigestellter Beamter dort seine Tätigkeit entfalten könnte.

Wieber: Bei der Berufsstatistik glaube ich, daß wir ein Interesse der Kollegen selbst noch mehr spezialisieren müssen, wie es in vorliegendem Geschäftsbericht geschehen ist. Internationale Beziehungen sind schon angebahnt mit den christlichen Berufskollegen der Schweiz und Oesterreichs. Der Zentralvorstand wird auch nichts unversucht lassen, auf die Mailänder Edelmetallindustrie Einfluß zu gewinnen.

Wernerus-St. Ingbert: Im Saargebiet gibt es noch immer große Schwierigkeiten zu überwinden. Unser Kampf auf der Burbacher Höhe, wie unser ständiger Einfluß hat zwar dazu geführt, daß öffentlich nicht gegen das Koalitionsrecht Sturm gelaufen wird, aber mit den Massen für die gelben Hüttennechte und Hunderttausend kleinen Schikanen seitens der Unter- und Oberbeamten werden die Arbeiter eingeschüchert und von der Organisation ferngehalten. Dazu kommt eine maßlose Bekämpfung seitens unserer Gegner. Die Sozialdemokraten kämpfen Arm in Arm mit den Scharmachern gegen uns. Weiter ist die maßlose Hege der Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet bekannt. Trotz alledem verlieren wir die Hoffnung nicht und können es mit Berechtigung aussprechen, daß die Zukunft im Saargebiet den christlichen Gewerkschaften gehört.

Sauerbreit-Hagen: Wir haben im Bezirk Hagen ebenso wie im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk durch die wirtschaftliche Krise Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen zu verzeichnen. In der gesund-

heitlich so schädlichen Metallverarbeitungsindustrie sind 7-10 Proz. Lohnabzüge und Verschärfung der Arbeitszeit-Kontrollen eingetreten. Das Kaiser Stahlfabrik bescherte den Arbeitern 6-15 Proz. Abzüge, welche einen Lohnausfall bis 50 Mark monatlich bei besser bezahlten Arbeitern ausmachen. Drahtzieher haben ebenfalls durch die Krise 50-75 Prozent Lohnverluste. In der Agitation stehen 3 soz. Beamte des Metallarbeiterverbandes und 2 Hirsch-Dunker'sche Beamten unseren im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen gegenüber. Da der Bezirksbeamte bei 25 Ortsverwaltungen nicht so eingreifen kann, hoffen wir endlich auf eine Regelung der Beamtenfrage.

Wieber: Bei der Zahl der Beamten müssen wir einigermaßen Schritt halten mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Das sei auch den Pforzheimern und allen anderen Gruppen gesagt, die Beamte haben wollen. Selbstverständlich wird die Zentrale die Sache nicht aus dem Auge verlieren.

Schleier-Wasseraisingen: Das Agl. Hüttenwerk Wasseraisingen beschäftigt etwa 1500 Arbeiter. Unsere Zahlstelle wurde am 1. April 1907 gegründet und trotz aller möglichen Hemmnisse und Gegenströmungen zählt sie jetzt 380 Mitglieder. Durch eine Eingabe an den württemberg. Landtag sind manche Verbesserungen erzielt worden, allerdings bleibt auch jetzt noch vieles zu wünschen übrig. Die Hüttenverwaltung ist loyalerweise stets bereit, mit uns zu unterhandeln, und bei der nachdrücklichen Unterstützung, die wir im Landtag haben, hoffen wir, daß noch weitere Verbesserungen erreicht werden. Jetzt macht sich auch bei uns die Krise sehr stark bemerkbar, und es hält schwer, unter diesen Umständen vorwärts zu kommen. Gewiß würde es keine segensreichen Folgen haben, wenn ein Beamter für das dortige Gebiet angestellt werden könnte.

Werner-München: In unserem weniger industriell entwickelten Südbayern ist die Agitation sehr schwierig. Wir haben zwar nichts mit Fachabteilungen zu tun, aber desto mehr mit den Sozialdemokraten und vor allem mit den Gelben, die den bedeutendsten Industrieplatz — Augsburg — vollständig verzerren und korrumpieren haben. Da wir jetzt endlich einen eigenen Beamten in München haben, werden wir alle Kräfte daran setzen, um auch in Südbayern vorwärts zu kommen.

Hierauf wurde in die Mittagspause eingetreten. Zu der Nacht mit tag s j h u n g ergriff zunächst das Wort Kollege.

Winter-Berlin: Ich kann dem Zentralvorstand für seine eingehende Arbeit, wie sie der Vorstandsbericht darstellt, meine Anerkennung nicht vorenthalten. Wenn die Mitgliederzahlen nicht den Fortschritt gemacht, den wir erhofft haben, so liegt dies in verschiedenen Ursachen begründet. In den Großstädten, in welchen der sozialdemokratische Konkurrenzverband etwa 280 000 seiner Mitglieder hat, ist ein Vorwärtstommen äußerst schwer. Wenn die Statistik zeigt, daß viele alte Kollegen, trotzdem sie hohe Unterstützungssätze bezogen, dem Verbanne den Rücken kehrten, so dürften darunter viele solcher Kollegen sein, die infolge des Wechsels der Arbeitsstellen von den Genossen zum Übertritt gezwungen wurden. Ferner haben unsere Beiträge langsam eine Höhe erreicht, mit welchen wir an die schlecht entlohnenden Arbeiter nicht mehr herankommen. Eine Besserung erhoffe ich von der Einführung der Staffelung. Schwierigkeiten machen uns auch die Unternehmer mit ihrem Pensionskassenwindel. Beachtenswert ist dann noch die Art, wie der „freie“ Metallarbeiterverband in Berlin unser Vorwärtstommen zu hintertreiben versucht. Er hat einen Beschluß gefaßt, nach welchem ich in keiner von ihm einberufenen öffentlichen oder Werkstattversammlung zu Worte kommen darf. Diesen Beschluß begründet er damit, daß ich in meinem früheren Wirkungskreis die Beamten des „freien“ Verbandes in unseren Versammlungen auch nicht hätte zu Wort kommen lassen. Diese Behauptung ist direkt unwahr. Trotzdem hoffe ich mit Ausdauer und Energie in meinem Bezirk Fortschritte zu erzielen.

Wolfs-Nachen: Es ist im Geschäftsbericht des Vorstandes darauf hingewiesen worden, was unser Verband für die Arbeiter der schweren Hütten- und Walzwerksindustrie geleistet hat. Ich möchte auf eine andere Berufsgruppe hinweisen, welche nicht minder unter schweren gesundheitlichen Umständen ihren Lohn verdienen muß. Ich meine die Blei- und Zinkarbeiter sowie die Arbeiter der chemischen Industrie. Wenn auch bis heute für diese Arbeiter betreffs der Sonntagsarbeiten Verbesserungen eingeführt wurden, so muß aber noch bedeutend mehr geschehen. Für die Organisation sind diese Arbeiter sehr schlecht zu gewinnen. Die Lage im Nachener Bezirk ist eine sehr schlechte zu nennen. Besonders haben die Nadler unter der schlechten Konjunktur zu leiden. Wir haben in Nachen Fälle, wo die Arbeiter im Laufe einer Woche nur drei Schichten arbeiten, und dann nur acht Stunden. Dies drückt schwer auf die betreffenden Arbeiter. Dadurch ist aber auch die Erwerbslosenunterstützung in diesem Jahre bedeutend gestiegen; hinzu kommt noch, daß zwei Fabrikfabriken im Laufe dieses Jahres durch Brand eingeebnet wurden. Im ganzen verfloßen Jahre wurden im Nachener Bezirk 15 272,98 Mk. an Erwerbslosenunterstützung gezahlt, bis zum 1.

Juli dieses Jahres 15 861,08 Mark, ein Mehr von 588,10 Mark. Durch die Verlegung des Werkes Phönix in Eschweiler ist die Lage der dortigen Metallarbeiter eine sehr bedrückte geworden. Das Werk beschäftigte im vorigen Jahre noch über 1000 Arbeiter, davon wurde nur ein ganz kleiner Teil nach Hörde, dem Schwesterwerk, übernommen; einige Arbeiter haben sich nach England anwerben lassen. Dem Abschluß von Tarifverträgen sehen die Arbeitgeber noch immer großen Widerstand entgegen. In Düren und Umgebung war es möglich, in den beiden letzten Jahren drei Tarifverträge zum Abschluß zu bringen.

Thelen-Mannheim: Was Minister von Werth sagte, trifft auch für Mannheim in Bezug auf die Stellung der sozialdemokratischen Verbände zu uns zu. Die noch indifferente Arbeiterschaft im Mannheimer Industriegebiet ist, wenn sie auch noch christlich denkt und fühlt, an manchen Stellen doch angezogen von den sozialdemokratischen Praktiken und Ideen, wenn auch unbewußt. Es mag viel dazu beitragen, daß Mannheim ein bedeutender Verkehrspunkt ist, das viele andere Industriegebiete eine bunt durcheinandergewürfelte Bevölkerung hat. Die in den ländlichen Bezirken noch vorhandene indifferente Arbeiterschaft befindet sich noch wirklich im Ubergangsstadium vom ländlichen zum industriellen Charakter. Diese Arbeiter sind vielfach sehr schwer von der Notwendigkeit der hohen Beitragsleistung zu überzeugen. Wenn die Generalversammlung Mittel und Wege findet, diesen Kollegen entgegen zu kommen, werden wir noch manche gewinnen können. In den Grenzgebieten der einzelnen Agitationsbezirke würde manchmal eine agitativerische Hilfskraft für eine Zeitlang den Bezirksleitern zur Verfügung zu stellen sein, um die abgelegenen industriellsten Landorte besser bearbeiten zu können und das Feld nicht gezwungener Weise den Sozialdemokraten überlassen zu müssen.

Kassler-Essen: Essen verurteilt entschieden den Mißbrauch, den die gelben Streikbrechervereine mit den Worten „national, vaterländisch und reichstreu“ zu verhehlen wagen. Diese Bewegung ist unnational und volksfeindlich im wahren Sinne des Wortes.

Kochmann-Solingen: Die Krise im Solinger Industriebezirk ist noch bedeutend verschärft worden durch den Zusammenbruch der Solinger Bank, die als Geldzentrale der bergischen Kleinindustrie zu betrachten war. Bekannt sind die heftigen Kämpfe zwischen den sozialdemokratischen Lokal- und Zentralverbänden, aber wenn es gegen uns Christliche geht, sind sie sich trotz alledem einig. Bei den großen Agitationschwierigkeiten in unserem Bezirk ist die baldige Anstellung eines Beamten in Solingen im Interesse des Verbandes gelegen.

Schiffer, Vorsitzender des Gesamtverbandes: Der vorliegende Geschäftsbericht des Metallarbeiterverbandes ist der inhaltsreichste, der bis jetzt von einem unserer christlichen Berufsverbände herausgegeben wurde. Er kann vorbildlich genannt werden und wird hoffentlich zur Nachahmung anspornen. Das statistische Material über die Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter bietet wertvolles Material zur weiteren parlamentarischen Arbeit im Sinne des christlichen Metallarbeiterverbandes, und die Arbeitervertreter in den Parlamenten, von denen ja drei Mitglieder des Verbandes sind, werden nicht ruhen und rasten, bis die Bestrebungen des Verbandes zugunsten dieser Arbeiterkategorien von Erfolg gekrönt sind.

Nedner kam dann auf die Begleiterzeichnung des Züricher Kongresses zu sprechen. Es sei niemanden in Zürich eingeleitet, kirchliche Autoritäten zu verletzen und zu beleidigen, wie es von Unbesonnenen Seite jetzt behauptet würde. Die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften seien ebenso treue überzeugte Anhänger ihrer Kirche wie auch andere Leute, die uns jetzt nach der Richtung hin verfeindeten wollen. Aber die Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit unserer Berufsorganisationen dürfen wir uns niemals antasten lassen. (Lebhafter Beifall.) Kollege Schiffer hob dann noch die Wichtigkeit der örtlichen Gewerkschaftsleitungen, insbesondere das Vertrauensmännersystem hervor und gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß der Metallarbeiterverband auch durch diese Generalversammlung einen Schritt vorwärts tun möge, was bei der rühmlichen Opferwilligkeit der christl. Metallarbeiter auch nicht zu bezweifeln sei.

Wieber: Eine wesentliche Kritik am Geschäftsbericht ist nicht geübt worden, im Gegenteil, die Delegierten haben die geleistete Arbeit anerkannt. Obwohl ist sie noch nicht ganz ohne Mängel und Fehler; um solche Arbeiten in Zukunft noch vollkommener zu gestalten, bedarf der Zentralvorstand der nachdrücklichen Hilfe und Mitarbeit aller Beamten und Kollegen. Dazu ist eine Erweiterung des Geschäftskreises, wie eine Vertiefung in das Gewerkschaftsproblem und die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, unbedingt notwendig.

Klotz: Somit ist die Generaldiskussion beendet und es bleibt uns nun noch übrig, dem Zentralvorstand und Hauptklassierer Entlastung zu erteilen.

Dies geschieht durch einstimmigen Beschluß. Es folgte nunmehr das Referat des Kollegen Hirtfelder-Essen über das Pensionskassenwesen.

Es ist nicht möglich, von dem gedregenen ...
frag einen lückenhaften Auszug oder einzelne Bruch-
stücke an dieser Stelle zu veröffentlichen, wir verweisen
unsere Kollegen auf das demnächst erscheinende stenog-
raphische Protokoll, worin dieser wichtige Vortrag
im Wortlaut enthalten sein wird. Zu dieser Frage
sprachen in der sehr interessanten Diskussion die
Kollegen Schlimmer, Wieber, Frauen, Weinbrunner,
Bäder, Leupke, Engel und Meuser. Folgende vom
Referenten vorgelegte Resolution wurde einstimmig
angenommen:

Die fünfte Generalversammlung des christlichen Me-
tallarbeiterverbandes in München 1908 erklärt, in lieber-
einstimmung mit der auf der vorjährigen Stillen- und
Walzwerksarbeiterkonferenz zu Duisburg angenommenen
Resolution, in den vielfach in größeren Betrieben be-
stehenden Werkspensionsklassen, soweit dieselben den Ver-
lust der erworbenen Rechte und geleisteten Beiträge bei
Verlassen der Arbeitsstelle zur Folge haben, eine schwere
peinliche Schädigung, sowie Beeinträchtigung der Bewe-
gungsfreiheit der Arbeiter.

Die Generalversammlung erhebt daher die Forderung:
Die Werkspensionsklassen dem Ausschuss für Privatver-
sicherung zu unterstellen, mit der Maßgabe, daß:

- 1. Der Einfluß der Klassenmitglieder auf die Verwal-
tung der Klassen in Vertretung ihrer Beitrags-
leistung vergrößert wird;
- 2. den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, bei Lö-
sung des Arbeitsverhältnisses sich die erworbenen
Rechte zu erhalten oder die gezahlten Beiträge unter
Anrechnung des bestanden Versicherungsrückstos zu-
rückzuerhalten.

Sollte auf Grund der zur Zeit bestehenden Gesetze
eine Regelung in obigem Sinne nicht möglich sein, so
stellt die Generalversammlung an die Gesetzgebungs-
stellen die Forderung, eine gesetzliche Regelung der Werk-
spensionsklassenfrage in obigem Sinne zu erlassen.

Vor Schluß des zweiten Verhandlungstages
nahm dann der Vertreter des österreichischen christ-
lichen Metallarbeiterverbandes, Kraus-Wien das
Wort, um die herzlichsten Grüße der österreichischen
Berufs- und Gesinnungsgenossen zu überbringen. Mit
den besten Wünschen für den guten Erfolg des Ver-
bandstages und die günstige Weiterentwicklung des
Verbandes verbinden die österreichischen Kollegen die
Hoffnung, daß auch ihre Organisation bald zu einer
mächtigen Stärke anwachsen möge. Ueber die be-
stehenden Schwierigkeiten ...
Hand reichen, um gemeinsam an der Hebung des
Arbeiterstandes mitzuwirken. (Lebhafte Bravo.)

Begrüßungstelegramme, die im Laufe der Ver-
handlungen zur Verlesung kamen, waren eingelaufen
von folgenden Stellen:

- Ortsgruppe Offenbach, Agitationsbezirk Rln,
- Ortsgruppe Schwelm, Düsseldorf, Duisburg, Hildes-
heim, Hannover-Linden, Duisburg-Laar, Kartellfest
der christlichen Gewerkschaften Hamm, Ortsgruppe
Machen-Wald, Verlag Echo vom Niederrhein-Duis-
burg, Giesberts und Spalowski-Wien, Zentralstelle der
christlichen Holzarbeiter Deutschlands, Generalver-
sammlung der christlichen Schneider und Schneiderin-
nen-Schaffenburg, von den Kollegen der Zentrale in
Duisburg, Ortsgruppe Witzelen, Breslau, Oelde,
i. Westf., von Herrn Rentmeister a. D. Barthel, Orts-
gruppe Amern St. Georg und vom christlichen Ge-
werkschaftskartell in Breslau. Neuester zahlreich hat-
ten also die Kollegen und Freunde draußen unseres
Verbandstages gedacht.

3. Verhandlungstag.

Am Dienstag morgen um 9 Uhr eröffnete Kol-
lege Wieber die Sitzung und begrüßte im Namen des
Verbandstages Herrn Reichstagsabgeordneten Dr.
Mayer, der dann auch gleich das Wort ergriff zu
dem Referat über das Kartell- und Syndi-
katswesen in der schweren Industrie. Die
sehr lehrreichen, auf reichhaltigem Material aufge-
bauten Ausführungen des Redners, der ein Fach-
mann auf diesem Gebiete ist, wurden mit der span-
nendsten Aufmerksamkeit verfolgt und mit reichem
Beifall gelohnt. Die Gedankengänge des Referats
sind in lapidarer Kürze folgende:

Nach den vom Vorkommnisse des Berliner
Kaufmannschaft angestellten Ermittlungen gibt es in
Deutschland 347 wichtigere Kartelle, 80 hiervon ge-
hören der Metallindustrie an. Die Mehrzahl der
heutigen Gewerkschaften ist syndiziert. Zu den
wichtigsten Kartellen gehören die Kartelle der schwe-
ren Industrie. Die Berechtigung dieser Verbände ist
anzuerkennen, so lange sie ihre Machtstellung nicht
dazu mißbrauchen, schädlich zu wirken. Leider ist
aber zu konstatieren, daß Uebergänge vorgekommen
sind und vorkommen, vor allem beim Rheinisch-West-
fälischen Kohlsyndikat und beim Stahlwerksver-
band. Diesen und anderen Syndikaten wirft man
vor, die ungebührliche Hochhaltung der Inlandsprei-
se, die Unterstützung der ausländischen Konkurrenz
durch niedrige Ausnahmepreise und die sogenannte
Kartellkartell gegenüber dem Abnehmer.

Die Auswüchse der Kartelle sind durch wirtschaft-
liche Maßnahmen zu bekämpfen, als da sind: Zoll-
herabsetzung, Ausfuhrverbot, Zollrückvergütung, Ab-
schaffung bestehender Ausfuhrprämien, Herabsetzung
der Frachttarife, Errichtung staatlicher Konkurrenzun-
ternehmungen, staatliche Subventionen an neue Kon-
kurrenzen, Anlauf von Kartellprodukten im Auslan-
de, Bildung von Zollvereinen in und zwischen den
verschiedenen Staaten. Dazu müsse aber der Staat

den ungeschützten Stand in die Gesetzgebung
der Kartelle haben, was durch Errichtung einer
Staatsaufsicht, wie sie für die Versicherungsgesell-
schaften besteht, zu erreichen sei.

Das bezweckt die im Reichstage eingebrachte und
von allen Parteien unterstützte Resolution, betr. Er-
richtung eines Reichskartellamtes, Festsetzung von
Mindestvorschriften für die Satzungen der Kartelle
und vor allem Zuziehung eines Staatskommissärs
zu den Beratungen der Kartelle. Zu hoffen ist, daß
diese Staatsaufsicht allein schon genüge, um die die
Allgemeinheit schädigenden Auswüchse der Kartelle
hinzuhalten.

Die Taktik und die Preispolitik der Kartelle beruht
auch große Gefahren für die Arbeitsverhältnisse in
sich; die Existenz tausender von Arbeiter Löhne da-
durch in Frage gestellt werden. Die niedrigen Aus-
lands- gegenüber den hohen Inlandspreisen für Halb-
zeug haben schon manchen deutschen Unternehmer ge-
genüber der ausländischen Konkurrenz schachtmatt ge-
setzt. Der Schiffbau am Niederrhein sei dadurch zum
Beispiel bald nach Holland ausgewandert. Deut-
sche Reeder lassen ihre Schiffe im Auslande bauen,
wozu aber deutsches Eisen und deutscher Stahl ver-
wendet wird. Mehltsch sieht es für die reinen Walz-
werke aus, die nicht mehr existieren können, da sie
für das Rohmaterial höhere Preise bezahlen müssen
wie sie nachher für ihre Fabrikate erhalten. Die
weiterverarbeitende Industrie ist für Deutschland die
wichtigste, sie beschäftigt weitaus die meisten Ar-
beiter, und sie muß unter allen Umständen konkurrenzfähig
erhalten werden. Daher fordern wir
ein gesetzgeberisches Einschreiten, um den Mißbrauch
der Kartelle zum Schaden des Volksganzen unmög-
lich zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Wieber spricht dem Herrn Referenten
den herzlichsten Dank der Generalversammlung aus
und präzisiert dann noch in kurzen Zügen die Stel-
lung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu
den Kartellen der Eisen- und Stahlindustrie, die in
folgender, einstimmig angenommener Resolution ni-
dergelegt ist:

Die Generalversammlung ist im Prinzip keine Geg-
nerin der modernen Produktionsformen, wie sie sich in
den Syndikaten und Kartellen herausbilden, welche
vielmehr ein Mittel, um die Produktion planvoller und
gleichmäßiger zu gestalten, was bei richtiger Anwendung
dem Gesamtwohl nur dienlich sein kann. Die General-
versammlung verurteilt dagegen ganz entschieden diejenige
Praktik und Wirtschaftspolitik der Kartelle und Syndikate,
welche darauf hinausläuft, die wirtschaftliche Macht zum
Schaden der Schwächeren, der Arbeiter der weiterver-
arbeitenden Industrie und der Allgemeinheit oder zur Ver-
einerung Einzelner zu mißbrauchen. Zur Bekämpfung
von Uebergriffen des Syndikatswesens, wie sie in Einzel-
fällen zutage treten, hält die Generalversammlung die
Anwendung entsprechender wirtschaftspolitischer oder ge-
setzlicher Maßnahmen seitens des Staates für erforder-
lich, um so die Interessen der Gesamtheit zu schützen.
(Das Referat des Herrn Reichstagsabgeordneten
Dr. Mayer wird im Protokoll vollständig erscheinen
und so das äußerst wichtige Material allen Kol-
legen leicht zugänglich gemacht.)

Vor dem Uebergang zum nächsten Punkt der
Tagesordnung nahm Kollege Wieber das Wort
zu etwa folgenden Ausführungen: Erstwärtig
sind eine Anzahl Vertreter der Presse bei unseren
Verhandlungen anwesend, was ja auch von der stei-
genden Bedeutung unseres Verbandes spricht. Wir
haben die Pressevertreter gastlich bei uns aufgenom-
men und sind ihnen nach jeder Richtung gern zum
Entgegenkommen bereit. Da dürfen wir auch zum
mindesten verlangen, daß sie wahrheitsgetreue Be-
richte erteilen. Ein Münchener Blatt, die sozialde-
mokratische „Münchener Post“, hat das nicht getan.
Sie hat über die Festversammlung einen ungemein
kleinlichen und gehässigen Bericht gebracht, worin
z. B. meine Ausführungen vollständig auf den Kopf
gestellt sind. Das ist noch umso verwerflicher, als
gerade dieses Blatt vorgibt, die Arbeiterinteressen
vertreten zu wollen. Gegen solche vorwiegend Darstel-
lung müssen wir ganz energisch protestieren, und er-
warten, daß die Presse fürderhin entweder gar nicht
oder nur wahrheitsgemäß berichtet. (Lebhafte Bei-
fall und Zustimmung: Die roten Blätter können eben
nicht aus ihrer Haut hinaus!)

Hierauf erhielt Kollege Herzog das Wort zu
seinem Vortrag über Wert und Bedeutung der
Statistik. Das vorzüglich ausgearbeitete Referat
enthält für jeden organisierten Arbeiter eine Fülle
wertvollen Materials. Eine Verhöhnung des-
selben wäre schade und wir verweisen unsere Mitglieder
auf das Protokoll, das eine vollständige Wiedergabe
bieten wird. In der anschließenden Diskussion wurde
es von allen Rednern anerkannt, daß sie erst jetzt
die Bedeutung statistischer Arbeiten erfaßt haben. und
eingesehen hätten, daß die meisten Kollegen dieser
Frage bisher viel zu wenig Beachtung und Interesse
geschenkt hätten. Als erster sprach in der Debatte
zu diesem Thema Kollege

Griep-Ober. Bei uns im Harz sind statisti-
sche Zahlen über Krankheiten nur äußerst schwer
zu erlangen. Der Grund liegt eben darin, daß die
Krankenkassen- und Anapathieärzte den erkrank-
ten Kollegen die Art der Erkrankung vielfach ver-
heimlichen. Wir haben so schrecklich unter Berufs-
(Klein-)Krankheiten zu leiden, aber noch jetzt haben
die Ärzte es den Arbeitern offen gesagt, wenn sie

an diesem gefährlichen Leiden erkrankt sind. Wir
müssen Mittel und Wege finden, wie wir die Ärzte
von dieser Praxis abbringen können.

Wieber: Hier sehen Sie Photographien von
verkrüppelten Arbeiterhänden (zeigt sechs solcher Bil-
der), die eine Folge dieser Bleierkrankungen sind.
Diese Bilder hat der christliche Metallarbeiter-Verband
herstellen lassen, um die Zerstörungen dieser Krank-
heit einmal einer weiteren Öffentlichkeit veranschau-
lichen zu können. Bei passender Gelegenheit werden
unsere Vertreter in den Parlamenten auch Gelegenheit
nehmen, diese Bilder von Opfern der Arbeit auf
den Tisch des Hauses zu legen. Das Schlimmste ist
noch, daß die armen Besitzer dieser Hände auch jetzt
noch mit ihnen das tägliche Brot verdienen müssen.

(Die Photographien gehen herum und rufen bei
allen Delegierten, Gästen und den Vertretern der
Presse Erstaunen und Mitleid hervor.)

Kollege Glöckner befragt die Anschaffung
von Haushaltsbüchern für die Mitglieder, wie sie
z. B. vom christlichen Textilarbeiterverbande einge-
führt seien.

Schaff-Röhl: Die jetzigen Formulare der
Reiselegitimation sind noch nicht vollständig genug,
um genaues Material für die Statistik zu gewinnen.

Kollege Loser: Unsere Delegierten haben jetzt die wich-
tigste Aufgabe, bei ihrer Berichterstattung in allen
Ortsgruppen auf die große Bedeutung der Statistik
hinzuweisen und so die Mitglieder dafür zu inter-
essieren. Die Mitarbeit aller Kollegen an dieser Ar-
beit zu erreichen, ist der Zweck des heutigen Referates.

Kollege Waldes-Vochum, Was Kollege Griep von den
Ärzten mitgeteilt hat, trifft auch vielfach bei uns
in Vochum zu. Die Ärzte verschweigen die wirklichen
Krankheiten, die Kollegen wissen es dann selbst nicht,
und so kommt es, daß bei der Erwerbslosenunter-
stützung oft gar keine oder falsche Angaben bezüglich
der Krankheitsart gemacht werden. Vielleicht wäre
es möglich, daß wir uns dieserhalb einmal an die
Ärztekammern wenden könnten, um hier Abhilfe zu
schaffen.

Kollege Franzen-Laar weist darauf hin, daß viele
Arbeiter nicht zu Angaben über die Lohnverhält-
nisse wegen einer unangebrachten Scheu zu bewegen
sind. Die christlichen Gewerkschaften hätten für diesen
Zweck Lohnbücher eingeführt, was auch für unseren
Verband zu empfehlen sei.

Kollege Herzog (Schlußwort): Die Diskussion hat er-
geben, daß durch den Vortrag das Interesse für
die statistischen Arbeiten geweckt und gehoben ist und
damit ist der Zweck zum Teil schon erreicht. Aber
dieses Interesse muß nun weiter verbreitet und zum
Gemeingut aller Kollegen werden. Bei dieser Gelegen-
heit möchte ich auch alle Kollegen ersuchen, sich die
Jahresberichte der Krankenkassen zu verschaffen und
uns zu übermitteln. Da ist oft wertvolles Material
für uns enthalten.

Wieber: Mit der heutigen Praxis der Ärzte
bezüglich der Krankheitsangaben werden sich die Ar-
beiter auf die Dauer nicht einverstanden erklären kön-
nen.

Kollege Schiffer: Bei der Reform der Krankenversiche-
rung wird es vielleicht möglich sein, in dieser
Frage eine Aenderung zu erzielen. Betreffs der An-
gaben über Löhne haben wir die Mitglieder dahin
erzogen, daß sie uns die Unterlagen für Bewe-
gungen liefern müssen.

Schluß der Vormittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung kam der Punkt
Beratung der gestellten Anträge zur Verhandlung. Zu
längeren Ausführungen legte Kollege Wieber an Hand
genauer rechnerischer Unterlagen die jetzige Situation
klar. Eingehend behandelte er die Fragen, ob wir
bei Einheitsbeiträgen bleiben oder zur Staffelung
übergehen sollen. Die für die Vorberatung dieser
Frage eingesetzte Kommission habe sich gestern abend
nach langer Beratung auf folgenden Vorschlag ge-
einigt, den er hiermit unterbreite und befrworte.

Der Verbandsbeitrag beträgt 60 Pfg.
bei den bisherigen Unterstufungen; es werden zwei
freiwillige Klassen eingeführt, eine mit 40
Pfenning wöchentlich — ohne Krankenunterstützung —
mit einer Arbeitslosenunterstützung von 6 Mark pro
Woche für 6 Wochen und einer verringerten Streik-
unterstützung, während die anderen Unterstufungen
bleiben; die zweite Klasse von 90 Pfg. mit
erhöhter Streikunterstützung und Erwerbslosen-
unterstützung vom 3. Tage ab für 26 Wo-
chen.

Kollege Tränkle-Freiburg will bei 60 Pfg. die Er-
werbslosenunterstützung von der zweiten Woche an
bezahlen.

Kollege Gerhards-Schw. Gmünd tritt für die vorge-
schlagene Staffelung ein, ebenfalls dafür, daß die
Erwerbslosenunterstützung von der zweiten Woche an
bezahlt wird.

Kollege Scherer-Offenbach begrüßt die Staffelung
ebenfalls, obwohl sie ja Einheitsätze beantragt hät-
ten. Er verlangt auch die Zahlung der Erwerbs-
losenunterstützung von der zweiten Woche an und
eine geringe Erhöhung der Streikunterstützung.

Wieber erklärt die Durchführung der Zahlung
der Erwerbslosenunterstützung von der zweiten Woche
an für undurchführbar. Unsere Durchschnittsbeiträge
leistung sei um 9 Mark geringer wie die des deut-
schen Metallarbeiterverbandes.

Wenzel-Münster tritt ebenfalls für die vorgeschlagene Staffelung ein, trotzdem der Einheitsbeitrag ja idealer sei.

Winter-Berlin ist ebenfalls mit der Staffelung einverstanden, nur wünscht er bei 60 Pfg. eine Erhöhung der Streikunterstützung.

Weinbrenner-Hamm ist ebenfalls für die Staffelung.

Schmitz-Köln tritt, trotzdem er lieber Einheitsätze gehabt hätte, ebenfalls für die Staffelung ein.

Freil-Dortmund ist ebenfalls für Staffelung und Erhöhung der Streikunterstützung bei 60 Pfg. Beitrag.

Weißer-Güldenbach ist für 60-Pfg.-Beitrag und Erhöhung des Anteils der Ortsgruppen.

Kuhn-Pforzheim ist eigentlich Anhänger des Einheitsbeitrags, tritt aber nach den bisherigen Darlegungen für die Staffelung ein.

Feldmann-Solingen ist gegen Staffelung und für den Einheitsbeitrag von 60 Pfg.

Hartmann-Hamburg ist für die Staffelung, das sei die beste Lösung.

Dördelmann-Dsnabrück ist entschlossen für die Staffelung.

Bäcker-Burbach stimmt der Staffelung zu. Er schlägt vor, die 90 Pfg.-Klasse nur für Arbeiter unter 45 Jahren zugänglich zu machen.

Schwartz-Würfelstein ist ebenfalls für die Staffelung und für eine Erhöhung der Streikunterstützung für lebige Mitglieder.

Schaaf-Köln ist für die Staffelung und tritt dafür ein, die 40 Pfg.-Klasse statutarisch festzusetzen.

Helpensteil-Mülheim ist, trotzdem er als Anhänger des Einheitsbeitrages zur Generalversammlung gekommen, ebenfalls für die Staffelung.

Schleicher-Enzbach ist gleichfalls für die Staffelung.

Volks-Naechen hat sich nach dem vorgelegten Zahlenmaterial in der Kommissionssitzung überzeugt, daß wir zu keiner anderen Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage kommen könnten, als wie sie von der Kommission vorgeschlagen wurde. Er ist aber für eine kleine Erhöhung der Streikunterstützung.

TheLen-Mannheim ist der Meinung, wenn wir einmal an der Beitragsregelung sind, ganze Arbeit zu machen und eine 55 Pfg.- und eine 65 Pfg.-Klasse einzuführen und die Erwerbslosen unterstützung mit diesen Beiträgen in Einklang zu bringen.

Engel-Diedenhausen ist für einen Einheitsbeitrag von 60 Pfennig.

Walbach-Burbach ist für Einführung des 60 Pfg.-Beitrages, wünscht aber eine Ubergangsfrist zur Einführung des Lokalaufschlages.

Griep-Ofer weist auf den geringen Verdienst im Harzbezirk hin, wo der Wochenverdienst 14 bis 15 Mk. beträgt, wovon 3,50 bis 4 Mk. an den verschiedenen Beiträgen abgehen, deshalb sind die Kollegen im Harzer Bezirk nicht in der Lage, einen höheren Beitrag wie 40 Pfg. zu zahlen.

Arch-M-Gladbach ist für eine Staffelung der Beiträge, um den schlecht bezahlten Arbeitern entgegenzukommen. Die Ansicht, daß Mitglieder vom 60 Pfg.-Beitrag auf den 40-Pfg.-Beitrag zurückgehen werden, wird sich nicht bestätigen.

Solle-Münster ist erst gegen eine Staffelung der Beiträge gewesen, hat sich aber erst nach den Vorschlägen der Kommission überzeugt, daß eine Staffelung nach Leistung und Gegenleistung durchführbar ist. Es soll aber jedem überlassen bleiben, die Beitragsklasse zu wählen.

Wieber kann zum Schluß konstatieren, daß sich fast eine volle Einmütigkeit mit den Vorschlägen der Kommission in der Diskussion gezeigt habe. Er möchte aber heute schon sagen, daß es irrig ist, zu glauben, daß wir mit dem niedrigen Beitrag viele Mitglieder gewinnen werden. Das beweist uns die Vergangenheit und wird uns auch die Zukunft lehren.

Die Abstimmung über den Kommissionsvorschlag ergab die einstimmige Annahme. Das Resultat würde mit lebhaftem Beifall begrüßt. — Hierauf wurden die Verhandlungen vertagt.

4. Verhandlungstag. (Geschlossene Sitzung.)

Mit Rücksicht auf einen nachmittags vorgezogenen Ausflug werden die Verhandlungen vom Kollegen Kloß vormittags schon um 8 Uhr eröffnet. Es wurde zunächst die Vorstandswahl getätigt. Diesmal scheiden folgende Kollegen aus: Wieber, Hirtjesfer, Schiel, Oberboffel, Wode. Kollege Hahn-Laar hat aus familiären, persönlichen Gründen eine Wiederwahl abgelehnt. Einstimmig wurden folgende Kollegen wiederverwählt: Wieber als Zentralvorsitzender, jerner Hirtjesfer, Schiel, Oberboffel. Anstelle des nach Witzig zurückgezogenen Kollegen Wode, Kollege Ruch-Laar, anstelle des Kollegen Hahn, der Kollege Lattich-Duisburg. Sodann gehören dem Vorstand folgende Kollegen an: Wieber (1.), Kloß (2. Vorsitzender), Hirtjesfer-Essen, Giljing-Hochum, Frieze-Duisburg, Re-Duisburg, Oberboffel-Oberhausen, Schiel-Duisburg, Ruch-Laar und Lattich-Duisburg.

In den Ausschuss wurden die Kollegen Messerts, Wolffs, Döring, Max-Duisburg und Broich-Düsseldorf gewählt.

Hierauf hielt Kollege Wieber ein instruktives Referat über Taktik und Stimmung im Gewerkschaftsleben, in welchem er besonders die augenblickliche Situation im Gewerkschaftsleben darlegte. Eingehend behandelte er das Kapitel Agitation. Hier ein Schema festzulegen, sei unumgänglich, die Agitation müsse sich der Taktik der Gegner und den örtlichen und beruflichen Verhältnissen anpassen. — Eine Fülle von Belehrungen und großzügigen Gesichtspunkten wurde den Delegierten durch das Referat vermittelt.

Hierauf wurde die Beratung der gestellten Anträge fortgesetzt. Nur das wichtigste sei hervorzuheben. Sämtliche Anträge betreffs der Beitrags- und Unterstützungsfrage waren in der gestrigen Nachmittagsitzung erledigt und folgendes festgesetzt worden:

Vom 1. Oktober dieses Jahres ab wird ein Einheitsbeitrag von 60 Pfg. pro Woche eingeführt. Außerdem werden noch zwei Beitragsklassen von 40 Pfg. und 90 Pfg. pro Woche errichtet. Der 40 Pfg.-Beitrag soll hauptsächlich für diejenigen Mitglieder sein, die in einer zweiten Krankenkasse versichert sind und so kein großes Interesse an der Erwerbslosenunterstützung haben, ferner für die ganz schlecht Entlohnerten, während der 90-Pfg.-Beitrag ein freiwilliger ist. Bei dem 60-Pfg.-Beitrag bleiben die bisherigen Unterstützungen unverändert bestehen, mit Ausnahme der Streikunterstützung welche für Unverheiratete auf wöchentlich 12 Mark, und für Verheiratete auf 14 Mark bis zum Höchstbetrag von 18 Mark festgesetzt wurde. Beim 40 Pfg.-Beitrag fällt die Erwerbslosenunterstützung fort, für Arbeitslose werden auf die Dauer von 6 Wochen 6 Mark Unterstützung bezahlt. An Streikunterstützung erhalten für diesen Beitrag die Ledigen 10 Mk. und die Verheirateten 11 Mk. bis zum Höchstbetrage von 15 Mk. pro Woche. Diejenigen Mitglieder, welche 90 Pfg. wöchentlich Beitrag bezahlen, erhalten die Erwerbslosenunterstützung vom dritten Tage ab auf die Dauer von 26 Wochen. Streikunterstützung mir 12 Pfg. Mitglieder in Höhe von 13 Mk. für Unverheiratete und 16 Mk. bis zum Höchstbetrage von 20 Mark für Verheiratete gezahlt.

Bei der heutigen Fortsetzung der Beratung der Anträge wurde sodann noch folgendes beschlossen: Der Titel des Verbandes soll von nun an lauten: „Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands“. — Alle bestehenden Lokalstatuten der einzelnen Ortsgruppen sind mit dem 1. Oktober dieses Jahres außer Kraft und Geltung gesetzt und bedürfen von da an der Genehmigung des Zentralvorstandes. — Die Anträge betreffs Erhöhung des Lokalaufschlages wurden abgelehnt und die bisherigen 15 % beibehalten mit der Einschränkung, daß von dem 90 Pfg.-Beitrag nur 10 % den Ortsgruppen verbleiben. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt, resp. dem Vorstand überwiesen. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Duisburg in Aussicht genommen, die endgültige Festsetzung aber dem Vorstand übertragen. Damit war die Beratung der Anträge und die gesamte Tagesordnung der Generalversammlung erledigt. Nunmehr nahm noch das Wort:

Hg. Schiffer, Vorsitzender des Gesamtverbandes: Der Verbandstag hat einen schönen Verlauf genommen. Es war eine moderne Gewerkschafts-Generalversammlung. Die Vorträge über Pensionen, Kasse, Kartelle und Syndikate, Statistik wie Taktik und Stimmungen im Gewerkschaftsleben waren inhaltreich und alle von der größten Wichtigkeit für das Gewerkschaftsleben. Ebenso hat die Diskussion allgemein auf der Höhe gestanden. Sie haben wieder eine Beitragserhöhung durchgeführt und bei der Opferwilligkeit der christlichen Metallarbeiter wird auch dieser Beschluß wieder zum Besten des Verbandes beitragen. Wenn der christliche Metallarbeiter-Verband sich trotz aller Schwierigkeiten seine heutige Position errungen habe, so sei es, das müsse er ohne jede Uebertreibung sagen, das hervorragende Verdienst des Zentralvorsitzenden Wieber. Entgegen sonstiger Gewohnheit lasse er deshalb seine Worte ausklingen in einem Hoch auf Kollege Wieber, das bei den Delegierten freudigen lauten Widerhall fand.

Zentralvorsitzender Wieber (Schlußwort): Die ungeheueren Schwierigkeiten, die wir im Laufe des zehnjährigen Bestehens überwinden mußten, haben unsere Entwicklung nicht aufhalten können. Wir hatten das kapitalträchtigste Unternehmertum und die allerstärksten Konkurrenzverbände gegen uns. Dazu kamen die Kämpfe in unserem eigenen Gewerkschaftslager, die aus Mißverständnissen und Unklarheiten entstanden waren, jetzt aber vollständig verschwunden sind. Ein besseres Verhältnis, wie es jetzt zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Gesamtverband und deren Führern besteht, ist gar nicht denkbar. Eine mühevoll, aber hoffentlich auch gegenreife Arbeit, liegt hinter uns. Jetzt gehen wir wieder mit Begeisterung und neuem Mut an die Weiterarbeit. Auf unsere jetzt beendigte Generalversammlung dürfen wir mit Stolz zurückblicken. Mit einem dreifach begeisterten aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband und die anderen christlichen Berufsverbände erklärte Redner dann die fünfte Generalversammlung des christl. Metallarbeiter-Verbandes für geschlossen.

Die Knappschaftskassen und deren Bedeutung für unsere Hüttenarbeiter.

III.

Eine wesentliche Frage im Knappschaftswesen ist die, wie stehen die Beiträge im Verhältnis zur Pension? Die Faktoren, die hier von Einfluß sind, sind in dem vorigen Artikel eingehend angeführt.

Der Arbeiter legt gewöhnlich den größten Wert darauf, daß er für seine gezahlten Beiträge möglichst viel an Krankengeld, falls er krank wird, und an Pensionsgeld zurückerhält. Im allgemeinen hat er hierin recht. Doch es geht hier wie mit allen Dingen, die auf Leistung und Gegenleistung aufgebaut oder betrieben werden. Steht die erste Leistung nicht mit der Gegenleistung im Einklang, so muß entweder die erste Leistung erhöht, oder die Gegenleistung herabgesetzt werden.

Weiber haben die Beiträge in vielen Knappschaftskassen nicht immer mit den Pensionen in einem gesunden Verhältnis gestanden, was die Schuldenlast so vieler Knappschaftskassen beweist, und was noch schlimmer ist, die Pensionen waren häufig dabei noch geradezu erbärmlich niedrig. Der Grund für alles dieses lag erstens darin, daß viele Unternehmer es verstanden, 25, ja 50 Prozent weniger Beiträge zu zahlen als die Arbeiter, andererseits, daß den Arbeitern von Unternehmern und auch leider von Arbeitervertretern vielfach vorgepredigt wurde, alles Heil läge für sie in den niedrigen Beiträgen. Diese Taktik hat sich später schwer gerächt, und mancher alte Invalid hat es später bitter bereut.

Durch das neue Knappschaftsgesetz ist diesen Dingen zum Teil vorgebeugt, indem die Werkbesitzer jetzt die gleichen Beiträge bezahlen müssen. Durch diese Mehrzahlung wird sich für manche Knappschaftskassen ein anderes Bild ergeben.

Wie verkehrt der Gedanke der niedrigen Beiträge ist, soll in nachstehenden Beispielen nachgewiesen werden.

Der Allg. Bochumer Knappschaftsverein hat für die Pensionskassen das Lohnklassensystem längst beiseite gelassen und hat nur eine Arbeiterpensionskasse in seinem Statut. Sehen wir nun einmal zu, wieviel der Arbeiter im Durchschnitt in den verschiedenen Dienstjahren an Beiträgen zahlt und wieviel Pension er im Durchschnitt bezieht. Die Pensionsbezugszeit — der Unfallinvaliden nicht eingerechnet — wird im Durchschnitt auf 10 Jahre berechnet.

nach Jahren	Gezahlte Beiträge das Jahr zu 52 W. von Arbeitern Mk.	Pension pro Jahr Mk.	Gesamte Pension für die ganze Bezugszeit also in 10 Jahren Mk.
10	509,60	228,80	2288,—
15	764,40	314,60	3146,—
20	1019,20	384,80	3848,—
25	1274,—	442,—	4420,—

Dieses sind die Beiträge im Verhältnis zu den Pensionen. Nicht jeder erhält nun 10 Jahre lang von den reinen Knappschaftsinvaliden Pension, andere erhalten sie aber um so längere Zeit.

Nun vermehrt sich ja das eingezahlte Kapital mit Zinsen und Zinseszins und würde sich stellen bei 10 Jahren auf 700,70 Mk., 15 Jahren 1194,38 Mk., 20 Jahren 1783,60 Mk. und bei 25 Jahren 2268,38 Mk. Also auch hier ergibt sich mit Zins und Zinseszins zu 3 3/4 % noch nicht die Hälfte der Rente für eine 10jährige Bezugszeit. In den Renten kommen aber noch häufig Witwen- und Waisengelder, wobei nun nicht unberücksichtigt bleiben soll, daß manches Mitglied durch Tod in seiner aktiven Dienstzeit nicht in den Genuß einer Rente kommt.

In den höheren Dienstjahren nimmt nun die Rente nicht mehr in dem Maße zu — mit 30 Dienstjahren 481 Mk., mit 40 Dienstjahren 569,40 Mk. und mit 45 Jahren 652,60 Mark — wodurch sich dann Besserung zugunsten der Kasse ergibt. Gerade aber in der verhältnismäßig hohen Rente in den ersten 20 Jahren im Vergleich zu den Beiträgen liegt für die Mitglieder mit weniger Dienstjahren, wo häufig noch mehrere kleine Kinder vorhanden sind, ein Vorteil. An dieser Frage ist auch bei der Knappschaftsreform im Bochumer Verein der Streit entbrannt, der fast 1 1/2 Jahr gedauert hat, aber mit einem Erfolg für die Arbeiter endete, wie aus den nachstehenden Tabellen einiger anderer Vereine zu ersehen ist. Im Halberger Knappschaftsverein stellen sich Beiträge und Pensionen in der 5. Lohnklasse (1100 bis 1500) Mk. Jahresverdienst, wie folgt:

Jahren	gezahlte Beiträge von Arbeitern Mk.	Pension pro Jahr in 10 Jahren Mk.
10	338,—	1320,—
15	507,—	1980,—
20	676,—	2640,—
25	845,—	3300,—

Mit Zins und Zinseszins würde sich das Kapital der Beiträge auch hier dementsprechend erhöhen. Eines aber geht deutlich aus vorstehenden Zahlen hervor. Die Beiträge sind zu niedrig, um eine halbwegs anständige Pension zu gewähren. Beiträge und Pensionen sind ungenügend. — Nachstehende Tabelle macht dieses noch besser ersichtlich.

Beitrag pro Woche von Arbeitern 65 Pfg.		Beitrag pro Woche 98 Pfg.		Beitrag pro Woche 100 Pfg.	
nach Jahren	Beitrag pro Monat	nach Jahren	Beitrag pro Monat	nach Jahren	Beitrag pro Monat
10	11,—	10	19,07	10	18,—
15	15,50	15	26,22	15	19,50
20	22,—	20	32,07	20	26,—
25	27,50	25	36,85	25	32,50
30	33,—	30	40,09	30	39,—
35	38,50	35	43,77	35	45,50
40	44,—	40	47,45	40	52,—
45	49,50	45	54,89	45	58,50

Nehmen wir nun einmal in jedem der drei Vereine 8 Invaliden heraus, von denen je einer auf die genannten 8 Jahreszahlen entfallen soll, so beträgt die Gesamtsumme der Pensionen, die diese 8 Invaliden pro Monat beziehen: Halberger Verein 241,00 Mark, Bochumer Verein 299,93 Mark und Neunkircher Verein 286 Mark. Pro Jahr würden die Summen betragen: Halberger Verein 1892 Mark, Bochumer Verein 3599,16 Mark und Neunkircher Verein 3432 Mark.

Jedes Mitglied des Bochumer Vereins hat pro Jahr also doch eine bedeutend höhere Rente als im Halberger Verein. Der Unterschied beträgt auf das einzelne Mitglied und Jahr 96,84 Mark, 128,64 Mark, 120,84 Mark, 112,20 Mark, 85,08 Mark, 63,24 Mark, 41,40 Mark und 58,76 Mark. Die Beiträge, die er dafür jährlich mehr zahlen muß, betragen 17 Mark 16 Pfg.

Wer sich hier am besten steht, braucht wohl nicht gesagt zu werden; auch wohl nicht, daß es besser ist, etwas höhere Beiträge zu zahlen und höhere Pensionen zu beziehen, als niedrige Beiträge und um so niedrigere Pensionen.

Dabei kommt aber noch in Betracht, daß in den Knappschafftsklassen mit Lohnklassensystem es sehr selten vorkommen dürfte, daß jemand 25,30 oder gar 35 Jahre Beiträge in der 5. Lohnklasse mit 1150 bis 1500 Mark Jahresverdienst gezahlt hat, er also auch nur in den seltensten Fällen die in dieser Lohnklasse vorgesehene Pension erhalten wird. Im Jahre 1906 betrug im Halberger Verein das Durchschnitts-Dienstalter 27,9 Jahre; so viel Jahre, wie darüber hinaus waren, waren auch darunter; von 15 bis 25 Dienstjahren ist aber der Unterschied in den Pensionen zwischen dem Bochumer- und dem Halberger Knappschafftsverein am größten. Der Neunkircher hat auch neben der geringen Steigerung der Pensionsätze in den ersten 20 Jahren noch das Lohnklassensystem. Ebenso der Wurbacher Knappschafftsverein, von welchem mir ein Statut von 1908 mit Berücksichtigung der Vorschriften des neuen Knappschafftsgesetzes nicht vorliegt.

Der Bochumer-, Saarbrücker-, Unterhärzger und Wurbacher Verein kennen nur eine ständige Arbeiterklasse. Die Klasseneinteilung ist aber auch nach mehreren Seiten für die Arbeiter vom Uebel. Treten sie auf den Werken in Arbeit, so treten sie in eine der unteren Klassen ein, haben sie es dann vielleicht bis zu einer der höchsten Arbeiterklasse gebracht, es kommen schlechte Zeiten, die Löhne fallen, so sinken sie in vielen Klassen auch wieder in eine niedrigere Pensionsklasse; ebenso, wenn sie älter werden und durch Verrichtung minderer Leistung niedrigere Löhne erhalten.

Vielleicht wird nun gesagt; ja in der Jugend aber auch in anderen Fällen mit niedrigeren Löhnen können die Leute doch die hohen Beiträge nicht zahlen? Abgesehen davon, daß mancher junge Mann mit weniger Lohn die Beiträge zahlen kann, als ein Familienvater mit etwas höherem Lohn und einer Anzahl Kinder, sind die vorhin angeführten Zahlen Beweis genug, daß sich die höhere Beitragszahlung sehr gut lohnt. Wenn man für 17 Mark Beitrag pro Jahr mehr erhält, so ist das noch lange kein schlechtes Geschäft. Der eigentliche Grund ist der, die Werkbesitzer sparen Geld und sie brauchen nachher von den Pensionen nicht zu leben. Im Saarrevier, im Ruhrrevier und vor allem in St. Ingbert werden höhere Beiträge gezahlt, das Klassensystem ist beliebt, die Klassen gefunden zusehends und die Zeit bezw. Pensionserhöhung ohne Beitragserhöhung möglich ist. Dasselbe gilt vom Unterhärzger Knappschafftsverein.

Neben den oben angeführten Gründen, gegen die Abschaffung des Klassensystems in der Pensionsklasse macht man häufig das Reichsinvaliden-Versicherungsgesetz geltend. Nichts ist falscher! Das Reichsinvalidenversicherungsgesetz ist nichts weniger als für einen Beruf zugeschnitten, wie es die Knappschafftsklassen sind, sondern es umfaßt ebenso gut die ostelbischen Bauernknecht, wie den gelehrten Bergmann, die Wäschfrau und das Zimmermädchen, wie den qualifizierten Hüttenarbeiter. Der Vergleich hinkt also gewaltig, da in einer Knappschafftsklasse entweder Leute eines Berufes, bezw. Branche oder doch verschiedener Berufe sind.

Das Klassensystem mit den Pensionsklassen ist vom Uebel. Der Dreher verzehrt meistens seine Pension,

wo sie auch her auf demselben Werke beschäftigt. Nachher sie verzehrt, und er bekommt seine Nahrungsmittel nicht billiger, weil er eine niedrigere Pension bezieht. Die Beseitigung desselben ist dringender geboten. Pensionen, um in alten Tagen davon leben zu können, freiere Arztwahl, Erleichterung der Invalidität, genügend hohe Krankengelder, gesetzlich gehelme Welterwahl, sind die zunächst erstrebenswerten Ziele. Sollen sie erreicht werden, so ist die Mitarbeit der Hunderttausende von Mitgliedern nötig. Diese Mitarbeit kann am besten geschehen in der Organisation. Stärke also jeder die in Frage kommenden Organisations- und die Knappschafftsklassen werden nicht nur im Prinzip, sondern auch in der Praxis ein Träger der Arbeiterversicherung werden, zum Wohle und der Zufriedenheit der Mitglieder in jungen und alten Tagen.

Neues und Altes aus den sozialistischen Sittenwerken am Harz.

Eine mit Naturschönheiten reich gesegnete Landschaft umfaßt das Harzgebirge. Die größten Abwechslungen bieten sich dem Auge des Beschauers, hohe Berge und tiefe Täler wechseln miteinander ab, einsam nur steht der Brocken, alles überragend, da. Er mit seiner stolzen Höhe von annähernd 1200 Meter hat keinen ebenbürtigen Partner, der sich in bezug auf die Höhe mit ihm messen könnte. Aber gerade wie in der Natur schon die Unterschiede grell und scharf hervortreten, genau so groß sind die Gegensätze unter der Bevölkerung des Harzes. Neben dem raffiniertesten, mit allen erdenklichen Sinesen ausgestatteten Luxus finden wir das tiefste Elend, die größte Armut! Auf der einen Seite tausende, zehntausende dem Luxus lebende Menschen, auf der anderen tausende und abertausende für äußerst kärglichen, geringen Lohn arbeitende Sitten- und Bergarbeiter, die ihrem mühseligen Beruf nachgehen, und deren Gesundheit in der mit Mehlstaub und sonstigen giftigen Gasen geschwängerten Luft mit tödlicher Sicherheit mehr oder weniger schnell untergraben wird, so daß frühzeitige Invalidität oder auch rascher Tod die Folgen sind.

In diesen Betrieben haben bis Mitte des Jahres 1907 die Arbeiter, ohne zu murren oder zu klagen, geduldig ihr schweres Los getragen; phlegmatisch und teilnahmslos erfüllten die Leute ihre irdische Pflicht. Von Organisation wurde nicht geredet, gewerkschaftliche Ideen fanden in den Staatsbetrieben lange Jahre hindurch keine Stätte, wo sie verwirklicht werden konnten. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben besonders am Unterharz alle anderen Berufe zu organisieren versucht und nicht ohne Erfolg; an die Berg- und Sittenleute hat man nicht gedacht, mochten sie nur in ihren alten Zuständen weiter verbleiben. Da sahen nun die christlichen Gewerkschaften einen Beamten nach Goslar, dessen Hauptaufgabe darin bestand, den christlich-nationalen Gedanken unter diesen Arbeitern zu propagieren, für den christlichen Gewerkschaftsgedanken die Arbeiterscharen zu interessieren.

Da kam Leben in die sozialistischen Betriebe; die Arbeitergründung griff den Gedanken der Vereinigung auf gesellschaftlicher Grundlage der bestehenden Ordnung mit Freuden auf, der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften wurde von Hunderten vorgenommen, täglich treten neue hinzu. Wenn auch hier und da welche Blätter fallen, den Vormarsch der christlichen Gewerkschaften vermag sie nicht zu hemmen, ebensowenig wie es den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die noch dazu aufs nachdrücklichste durch die Genossenpresse unterstützt werden, gelungen ist, unsere Bewegung zum Stillstand zu bringen. Auch der Tätigkeit der Betriebsbeamten ist bisher kein Erfolg beschieden gewesen, denn eine große Anzahl oberer und natürlich auch unterer Beamten sieht ihre vornehmste Pflicht und heiligste Aufgabe in der Bekämpfung unserer Organisationen. Diese Leute fürchten nämlich, daß die absolute Unterwürfigkeit, die von den Arbeitern ihnen gegenüber bisher beobachtet werden mußte, allmählich schwinden wird, die Herren fürchten weiter, daß manches Unrecht, daß die Arbeiter bislang schweigend hinnehmen mußten, für die Zukunft nicht mehr so hingenommen werden dürfte. Die Gewerkschaften bedrohen diese Herren in vermeintlichen, sich widerrechtlich angeeigneten Machtbefugnissen, darum bekämpfen sie diese Bewegung mit nicht immer einwandfreien Mitteln. Wurde doch erst vor kurzem die Bezirksleitung unseres Verbandes bei dem Herrn Direktor der Werke zu Oster vorstellig werden, weil ein untergeordneter Beamter in herausfordernder Weise den Arbeitern ihre Organisation zu verkettern suchte.

Gehen wir nun einmal der Reihe nach die verschiedenen Werke durch. Zunächst finden wir bei Goslar drei größere Betriebe, die Werke zu Oster sind die bedeutendsten. Dazu folgen Perzog Juliuszütte bei Hilsfeld und Frau Sophienhütte bei Langelsheim. Von diesen genannten Sitten- und der Erzgrube Hammelsberg bei Goslar gehören vier Siebental Preußen und drei Siebental zu Braunschweig. Die Erträge dieser Werke haben z. B. den Voranschlag des Braunschweiger Staats herartig überschritten, daß Braunschweig die Gehälter der Beamten, die bis 2700 Mark betragen, mit rund 13 Proz. aufbessern konnte. Ob auch die Löhne der Arbeiter aufgebessert werden?

Weiter folgt dann das dem preussischen Bergbau zugehörige Sittenwerk zu Lautenthal. Dort konnte trotz größter Anstrengung die Organisation unter den Sittenleuten keinen rechten Fuß fassen, trotzdem von der Bezirksleitung unseres christl. Metallarbeiterverbandes alles mögliche versucht wurde. Weiter hinauf im Gebirge liegt die Clausshaler Silberhütte. Augenblicklich scheinen auch die dort beschäftigten Kollegen aus ihrer Verbargen zu erwachen, eine ganze Reihe gehört unserem Verbands an, täglich kommen neue hinzu. Auch unter den Schmelzwerk, Salzhöfen und anderen Handwerfern der Bergwerke haben wir Anhang gefunden, so daß für die Zukunft, wenn alle Kräfte ihre Pflicht tun, das Beste zu hoffen ist.

In Altenau ist ebenfalls eine Ortsgruppe unseres Verbandes gegründet worden. Dem Vorsitzenden wurde seitens der Bezirksleitung erklärt, er solle auch mehr verdienen,

indem man ihn zur Sonntagsarbeit heranziehen wollte! In Andreasberg war es noch nicht möglich, etwas zu tun; nötig wäre es schon, wenn auch die dortigen Kollegen die paar Pfennige Verbandsbeitrag nicht scheuen wollten und sich dem christl. Metallarbeiterverbande anschließen, kommen doch dort auf eine Belegschaft von 75-80 Mann 15 Beamte!

Mißstände und dergl. Dinge gibt es auf allen Sittenwerken in Menge. Der größte Uebelstand ist der, daß von den in den Schmelzhütten beschäftigten Leuten keiner einen wirklich freien Sonntag hat. Diese Arbeiter machen soviel Schichten oder gar noch mehr, wie das Jahr Tage hat, monatlich 30-32! Der Lohn läßt natürlich manches zu wünschen übrig. Wenn trotzdem der unübertrefflich festgestellte Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienst noch ziemlich befriedigend erscheint, so muß darauf hingewiesen werden, daß hier 360-370 Schichten zu Grunde liegen, während sonst die Normalziffer 300 Arbeitstage beträgt. Also durch die Sonntagschichten müssen die Sittenleute ihren Lohn herausfinden!

Daß dies ein ungesunder Zustand ist, zudem die Deffentlichkeit diese Dinge nicht kennt und dadurch irreführt wird, bedarf gar keiner weiteren Erläuterung, und müssen die Kollegen durch Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband im Verein mit dem preussischen Landtage auf die Regierung einzuwirken suchen, damit Abhilfe geschaffen wird.

Ueber die gesundheitsgefährlichen Folgen der Arbeit informiert der Umstand, daß auf die Belegschaft der Perzog Juliuszütte bei Hilsfeld, die augenblicklich 190 Mann zählt, deren Normalziffer 160 sein dürfte, 58 Witwen entfallen, ein gewiß überaus hoher Prozentsatz, der noch dadurch verstärkt wird, daß auch eine große Zahl unverheirateter Leute auf dem Werk beschäftigt ist. Solche Zahlen geben denn doch zu denken. Die sogenannte „Sittenkatastrophe“ ist der gefährlichste Gast der Sittenleute, sie bildet wie die „Bergsucht“ unter den Bergleuten der Schrecken der Familien, deren Väter davon befallen werden. Sehen wir uns unter den von der Bleikolik oder der Bleikrankheit befallenen Sittenleuten um, so finden wir Männer, deren Hände total verkrüppelt und verkrüppelt, total verunstaltet sind. Diese Krankheitserscheinungen sind manchmal so schlimm, daß erwachsene Männer in ihrer Hilflosigkeit wie kleine Kinder gefüttert werden müssen. Besonders schmerzhaft ist die Bleikolik. Durch den in die Eingeweide gelangenden Bleistauk wird ein geregelter Stuhlgang beeinträchtigt, so daß es selbst der Kunst der Ärzte nicht immer gelingt, den Leuten Linderung zu schaffen. Tagelang werden sie sich in ihrer Qual, so daß manchmal ihr Leben dahinschwindet.

Leider Gottes weiß die große Deffentlichkeit nichts von diesen Dingen. Als neuerdings unser christlicher Metallarbeiterverband eine Anzahl photographischer Aufnahmen machen lassen wollte, um diese Zustände mehr in die Deffentlichkeit zu bringen, da war es ein Herr Bergkat, der es durch seinen Einfluß und durch seine Vorkundungen dahin brachte, daß der betreffende Kollege seine verkrüppelten Glieder nicht photographieren ließ. Es wurde dem Manne vorgegeben, er solle sich doch nicht als Versuchskaninchen u. dergl. gebrauchen lassen. Von der Arbeiterschaft wird allerdings der Meinung Ausdruck gegeben, daß es für einzelne Beamte ganz andere „Versuchskaninchen“ geben soll!

Um den schweren Schäden, die durch die ungesunde Arbeit entstehen, in etwa vorzubeugen, ist durch das preussische Handelsministerium veranlaßt, eine bestimmte Summe bereitgestellt worden, wofür eine bestimmte Anzahl Leute unter Fortzahlung des Lohnes bis zu sechs Tagen beurlaubt werden können. Die Gewährung des Urlaubs, die Art und Weise, wie dabei verfahren wird, hat wiederum zu großen Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben. Die Vertreter der Arbeiter, die Ausschußmitglieder und die Knappschafftsältesten, haben auch nicht den geringsten Einfluß in der Urlaubfrage. In einer Verwaltung herrscht die Ansicht, daß Arbeiter, die krank gewesen, keines Urlaubs bedürftig sind, solche Leute hätten sich lange genug ausgeruht! Von anderen Beamten wird wiederum eine längere Krankheit als hinreichende Begründung eines Urlaubsgesuches angesehen.

Alle diese Sachen konnten mit einer unorganisierten Arbeiterschaft gemacht werden, ohne daß größerer Widerspruch zu befürchten war. Jetzt aber, nachdem die christlichen Gewerkschaften Fuß gefaßt, wird das anders werden. Die Gewerkschaft erinnert die Arbeiter auch an ihre Pflichten (dies sei besonders einem Herrn Bergkat gesagt, der anfänglich eines sagen „Sittensfestes“ in seiner „Bergpredigt“, wie es im Volksmunde heißt, anführte, daß den Arbeitern immer ihre Rechte vorgehalten, daß sie aber nicht an ihre Pflichten erinnert würden), aber wir sagen auch der Arbeiterschaft, welche Rechte sie haben. Bisher hatten die Arbeiter in den sozialistischen Betrieben Pflichten die Menge, Rechte hatten meistens nur die Beamten. Erklärte doch vor einigen Wochen noch ein Herr Bergkat einem Arbeiter, daß die Arbeitsordnung nicht nur für den Betrieb gelte, sondern auch für die Zeit, wo die Arbeiter sich zu Hause, außerhalb der Arbeitsstelle sich befinden.

Bessere Beweise für die Notwendigkeit der Organisation vermag niemand zu bringen. Auch der Sittenmann hat Rechte, Menschenrechte, die selber Gottes viel zu lange mißachtet wurden. Allmählich wird's aber Licht; je schneller es gelingt, auch den letzten Sittenmann einzugliedern in den christl. Metallarbeiterverband, desto eher kann auf eine durchgreifende Besserung gehofft werden. Nicht gegen den Staat, nicht gegen die Beamten richtet sich unsere Bewegung; die Arbeiter wollen getreulich ihre Pflicht erfüllen, dafür verlangen sie eine angemessene Gegenleistung in Gestalt eines auskömmlichen Lohnes. Sie wollen auch den Beamten mit gebührender Achtung entgegenkommen, dafür verlangen sie auch von den Beamten eine anständige Behandlung, was bisher nicht immer der Fall war. Die Herren Beamten und die Verwaltung haben es in der Hand, befriedigende Zustände herbeizuführen. Mögen sie den Arbeitern ihre gesetzlichen Rechte nicht verkümmern (auch das Koalitionsrecht nicht), mögen sie Gerechtigkeit walten lassen immer und überall, dann wird es nirgends zufriedener Leute geben, wie unter der arbeitenden Bevölkerung des Harzes. Tut man das aber nicht, dann werden auch hier durch die christlichen Gewerkschaften

Wie es an der Saat der Fall war, den Arbeitern ihre Menschenrechte erkämpft werden müssen.

Daher müssen unsere Kollegen, die bereits dem christlichen Metallarbeiterverband als Mitglieder angehören, mit neuem Eifer, mit neuem Mut für unsere gerechte, gute Sache wirken, zum Nutzen und Segen ihrer selbst, ihrer Familien und damit der gesamten Gharzbevölkerung. Werben und agitieren für unsern christlichen Metallarbeiterverband, das sei unsere Parole und fester Wille, den wir in die Tat umsetzen wollen. Hoch der Verband!

Gewerkschaftliches.

Sozialdemokratischer Gewerkschafts-Terrorismus.

Trotz der vielen und hohen Strafen für vorgekommene Terrorismustakte gelistet es die „freien“ Selbst fortgesetzt nach neuen „Muhmestaten“ terroristischer Natur. Zu Gausstadt trat am 8. d. d. d. ein christlich organisierter Schneidbergchilse bei der Firma Ernst Bier u. Co. in Arbeit. Außer ihm arbeiteten noch fünf sozialistisch organisierte Schneidbergchilsen in der Werkstatt. Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Gewerkschaft, Autenrieb, trat an ihn sofort heran mit der Anfrage, ob er organisiert wäre. Dieses wurde bejaht. Später verlangte der Vertrauensmann das Verbandsbuch, um die Bezahlung der Beiträge kontrollieren zu können. Ferner wurde der Schneidbergchilse aufgefordert, die Mitgliederversammlung des „roten“ Verbandes zu besuchen, was von dem Neulingstesteten mit dem Hinweis darauf, daß er christlich organisiert wäre, abgelehnt wurde. Darob große Wut bei den Freiheitshelden. Am 9. Sept. d. J. gingen die Drangsalierungen weiter. Zuerst kam der Vertrauensmann mit einem Aufnahmeheschein, fordernd, diesen auszufüllen, wenn der christl. Arbeiter die Arbeit in der Werkstatt behalten wolle. Natürlich wurde die Unterschrift verweigert. „Gnädigt“ gewährten die „Genossen“ eine Frist zur Ueberlegung. Nach dem Verstreichen dieser wurde der „Delinquent“ nochmals zum Uebertreten aufgefordert, wenn er weiter arbeiten wolle. Der christlich organisierte Schneider lehnte das mit der Begründung ab, daß er seine Ueberzeugung nicht wechselt, daß er vom Prinzipal und nicht von ihnen eingestellt worden sei und sie kein Recht hätten, ihm die Arbeit zu nehmen. Darauf erklärten die „Genossen“, daß sie mit ihm nicht zusammenarbeiten würden, sie würden dafür sorgen, daß er in Stuttgart keine Arbeit mehr bekomme. Sie legten die Arbeit hin und holten den Chef. Diesem drohten sie mit Arbeitsniederlegung, wenn er den „Christlichen“ nicht sofort entlasse. Damit lehter seine angefangene Arbeit vollenden konnte, bat der Chef um eine „Gnadenfrist“ bis Samstag. Diese gewährten die fünf Genossen nicht. Das zwang den Chef zur sofortigen Entlassung des christlich organisierten Schneidbergchilsen. Das Vorkommnis wird wahrscheinlich ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein neues Arbeitsfeld.

Der „modernen“ Arbeiterbewegung — verkörpert in den „freien“ Gewerkschaften — ein neues Arbeitsfeld zu gewinnen zu haben, kann sich das Gewerkschaftsartell in Welbert rühmen. Wie lesen darüber in der in Elberfeld erscheinenden „Freien Presse“:

„Welbert, 28. Aug. Gewerkschaftsartell. Am 25. August hielt das Gewerkschaftsartell eine Sitzung ab mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen, welche sich für eine dramatische Abteilung der freien Gewerkschaften interessieren. Es hatten sich 17 männliche und 6 weibliche Personen eingefunden, die allesamt mit der Gründung der Abteilung einverstanden waren und derselben sofort beitraten.“ Nachdem über die Vorstandswahl und die Uebungsabende näheres angegeben, heißt es weiter: „Die Anwesenden versprachen ihre volle Kraft (!) in den Dienst der modernen Arbeiterbewegung einzusetzen... Beiträge werden nicht erhoben, da diese Abteilung vom Gewerkschaftsartell unterhalten wird.“

Zu dieser Notiz schreibt das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes:

„Eine „dramatische Abteilung“, die hat allerdings den „freien“ Gewerkschaften bisher gefehlt. Gut, daß diesen „schreienden Bedürfnis“ jetzt abgeholfen ist. Wir empfehlen den „Genossen“ als Zugkräft „Moderne Arbeiter“ von Ernst Söhngen für die Bühne bearbeiten zu lassen und dann im Bergischen bei den verschiedenen Festlichkeiten der „freien“ Gewerkschaften aufzuführen. Das wird ein Schlager werden. Sollten den Welberter Genossen fürs Erste nicht genügend ausgebildete Spieler für dieses Drama zur Verfügung stehen, so mögen sie sich nur vertrauensvoll an die Elberfelder Filiale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes wenden, die wird dann schon ihre „bewährten Kräfte“ zur Verfügung stellen.“

Ein „Berliner“ Kriegsplan.

Die Führer der Berliner Fachabteilungen hatten anscheinend den Zeitpunkt für gekommen, in die ihnen bisher verschlossene Erzbißgese Köln einzubringen. Im Anschluß an die von der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Köln beschlossene Resolution betreff des Züricher Kongresses schreibt die „Baugewerkschaft“:

„Die Resolution trifft das richtige. Wer die „Berliner“ werden weiter verbessern. Ja, es soll der „seiner Plan“ bestehen, eigens eine Person zu diesem Zwecke nach dem Rheinland zu dirigieren. Herr Richter hat ja schon einen Abköhler nach Köln gemacht. In den führenden Kreisen der „Berliner“ soll eine große Begeisterung für den „seinen Plan“, als den ihn Herr Viz. Journail bezeichnet haben soll, vorhanden sein. Die Kollegen am Rhein mögen wachsam sein, die „Berliner“ Schleicher arbeiten nicht offen, aber um so schlimmer wirken ihre geheim abgeschlossenen vergifteten Pfeile. Die ganze trau-

rige Misere dieser Lätigkeit tritt in dem Berliner Vereinsleben politisch wie religiöser Natur zutage.“

Diese Mitteilungen der „Baugewerkschaft“ können wir bestätigen und noch dahin ergänzen, daß K. O. in selbst dazu ansersehen ist, dem neuen Fachabteilungsapostel im Westen als Vorkämpfer zu dienen. Von hier aus soll er seine Holz- und Winterarbeiten gegen die christlichen Gewerkschaften betreiben. Durch Zufall ist die Uebernahme eines der bekanntesten Fachabteilungsleiter zur Kenntnis Dritter gekommen, die dahin lautet, daß „dieser seine Plan am Hauptsitz der christlichen Gewerkschaften eine große Aufregung verursachen“ würde. Diese recht schadenfroch klingende Erwartung wird sich nicht erfüllen. Der neueste Berliner Nuparenritt braucht den christl. Gewerkschaften wenig Sorge zu machen. Die Fachabteilungen werden im Kölner Bezirk keine soch trüben Gewässer wie in Oberschlesien und Saararabien finden, in denen sie mit Erfolg ihre Nege auswerfen könnten. Wenn der seine Plan wirklich zur Ausführung gelangt, wird der neue „Berliner“ Mann in Köln nicht auf Rosen geteilt sein.

Aus der Metallindustrie.

Der Jahresbericht des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1907

hat auch für die Metall- und Hüttenarbeiter manches Bemerkenswerte. Wie entnehmen ihm folgendes:

Wenn man anfangs des Jahres gehofft hatte, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Stahlwerks-Verbandes, die in unserem Bezirk mit größter Spannung verfolgt wurden, bei einem günstigen Abschluß anreuzend wirken würden, so sah man sich in dieser Erwartung getäuscht. Der Stahlwerks-Verband selbst wurde nach hartem Kampfe in letzter Stunde auf eine Dauer von 6 Jahren verlängert. Dieser Verband hatte in den ersten drei Jahren seines Bestehens die Aufwärtsbewegung des gesamten geschäftlichen Lebens mitgemacht und naturgemäß von diesem Aufschwung profitiert. Es mußte sich nun beim Umschwung zeigen, ob der Verband als solcher in der Lage war, die Erwartungen zu erfüllen, die die Mitglieder an seine Gründung knüpften, d. h.: kann der Verband bei einem wirtschaftlichen Niedergang zu verlustlosen Preisen seinen Mitgliedern genügend Arbeit zuführen?

Ein abschließendes Urteil hierüber läßt sich für das Jahr 1907 in sofern nicht gut bilden, als der Verband durch seinen, in den letzten Lauffmonaten angesammelten Auftragbestand die Möglichkeit hatte, ein Uebergangsstadium zu schaffen, welches, geldlich wenigstens, den Mitgliedern ein angemessenes Resultat bot. Quantitativ machte sich jedoch bereits am Ende des Jahres 1907 ein gewisser Arbeitsmangel geltend. Wie dieser Arbeitsmangel sich entwickelt hat, und welche Folgen er für den engern Vereinsbezirk haben wird, wird erst in dem nächstjährigen Bericht einer eingehenden Erwägung zu unterziehen möglich sein.

Im Laufe des Jahres gelang es auch noch, den Stahlformungs-Verband und das Gas- und Stedrohr-Syndikat zu erneuern, sowie den Walzdrahtverband in erweiterter Form ins Leben zu rufen.

Eine bemerkenswerte Folgeerscheinung des teuren Geldstandes war der Stillstand auf dem Gebiete der Werksfusionen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Stillstand von Dauer sein wird, denn mit einer Erleichterung des Geldmarktes werden derartige Bestrebungen zweifellos neue Anregung erhalten.

Untern 15. April hatte der Verein dem Landesauschuß von Elsaß-Lothringen eine Eingabe gegen die vorgeschlagene Aenderung des Vergesetzes vom 16. Dezember 1873 überreicht; der Landesauschuß beschloß indes in seiner Sitzung vom 8. Mai 1907 die Petition infolge der Annahme des betreffenden Gesetzesentwurfes für erledigt zu erklären.

Von der Kanalisierung der Mosel verspricht sich der Verein eine glänzende Rentabilität und in dieser Angelegenheit fanden im Laufe des Jahres 1907 und zu Anfang 1908 mehrere Beratungen in Straßburg, Trier und Köln zwischen den Vertretern der Regierung und der beteiligten Großindustrie statt. Diese Verhandlungen bezweckten die in der Resolution des preussischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar 1905 mit möglichster Beschleunigung geforderte Prüfung der Frage der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer Kanalisierung der Mosel, Saar und Bahn der Klärung entgegenzuführen.

Die Koyelsen-Erzeugung Lothringen-Luxemburg stellt sich für das Jahr 1907 folgendermaßen (in Tonnen):

Table with 6 columns: Year, Eisen u. Gußwaren, 1. Schmelz., Thomas eisen, Puddel-eisen, Zusammen, Seit 1. Januar. Rows for months from January to December.

Zum Schlusse wird folgenden Erwägungen Ausdruck verliehen: Die fiskalische Politik unseres engeren Landes so wohl wie des Reiches beginnt in Dagnen einzuloten, die die gespannteste Beobachtung seitens unserer Industrie und seitens unseres Vereines verlangen. Es empfiehlt sich daher wahrscheinlich, unserm Vereine eine etwas veränderte Organisation zu geben, um ihn in den Stand zu setzen, bevorwähnten Bewegungen schnell und tatkräftig zu folgen.

Es liegt für unsere Industrie die unabweisbare Notwendigkeit vor, sowohl den leitenden Kreisen, als auch der öffentlichen Meinung gegenüber durch Stellen vertreten zu sein, die in rührigster, tätigster Weise unsere Industrie wahrzunehmen haben. Es muß unmöglich gemacht werden, uns zu ignorieren.

Interessant ist die Stellungnahme des Vereins gegen die Preispolitik der Herren von Kohlen- und Stahlwerks-Syndikat, welche auf die lothringisch-luxemburgischen Verhältnisse wenig Rücksicht nimmt. Vorsitzender des Vereins ist Herr Humbert de Wendel von der Firma de Wendel und stellvertretender Vorsitzender Herr de Gallatz, Großaktionär der „Durbacher Kütte“. Demnach herzh mich in dem Bericht gesagt, daß die großen Verbände, speziell aber das Kohlen-Syndikat, in ihrer Preispolitik nicht diejenige wirtschaftliche Einsicht befoßen haben, die man wohl berechtigt ist, von den ausschlaggebenden Faktoren in diesen Verbänden zu verlangen. Es ist nicht mehr angängig, daß ein Verband, dessen Wesensäußerungen bis in die feinsten Athern unseres Wirtschaftskörpers zu verfpüren sind, lediglich den Neutenstandpunkt im Auge hat und den Blick dafür verliert, wie die wirtschaftlichen Dinge sich in seiner Umgebung entwickeln. Wir geben zu, daß es für die Leiter solcher Verbände nicht ganz einfach ist, offen zu sagen, daß man sich geirrt habe.

Dieser häusliche Streit hat für uns Arbeiter keine wesentliche Bedeutung, denn bei dem Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen ist man sich schon einig. Dennoch zeigt sich, daß die Rücksicht im Syndikatswesen selbst die Harmonie zwischen den Unternehmern zu fördern geeignet sind.

Wel wichtiger für uns ist die Mahnung, dem Vereine eine etwas veränderte Organisation zu geben, um ihn in den Stand zu setzen, schnell und tatkräftig allen Bewegungen entgegen zu treten, um es dadurch unmöglich zu machen, die Großindustriellen Lothringens zu ignorieren. Und wir müssen darauf bedacht sein, unsere Berufsorganisation immer mehr auszubauen, um es endlich möglich machen zu können, daß auch der arme gedrückte Hüttenmann nicht mehr ignoriert wird, wie es bis heute geschah, sondern daß er auch ein Mitbestimmungsrecht erhält, zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. E. E.

Streiks und Lohnbewegungen.

Nur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Uindlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Zellensfabrik B. w. e. K. Klein stehen im Streik infolge von Akkordreduzierungen von 10-15%.

Dortmund-Lüdinghausen. Ueber die Firma Schulte, Baubeschlagfabrik, ist die Sperre verhängt.

Plettenberg. Bei der Firma Carl Rheinländer, Stahlgabelfabrik und Geisenhiederei sind wegen Lohnabzüge Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat sämtliche Arbeiter die eine Eingabe wegen Zurücknahme der Abzüge unterschreiben lassen, entlassen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emaillewerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir erjuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 20. Sept. 1908 der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 27. September fällig.

Unser Vorstandsbericht.

Aus der General-Debatte zum Vorstandsbericht auf dem Münchener Verbandstage erleben die Kollegen, welche Anerkennung derselbe dort gefunden hat. Bereits in Nr. 35 des Organs haben wir eine eingehende Uebersicht über das umfangreiche Material gegeben, das darin — auch in graphischen Darstellungen — verarbeitet wurde. Für alle Verbandskollegen ist diese inhaltreiche und überaus fleißige Mühe getan worden und darum darf wohl erwartet werden, daß auch jeder Kollege sich diesen Bericht anschaffen wird.

Um dem 110 Seiten starken Bericht eine mögliche weitgehende Verbreitung unter den Mitgliedern zu geben, wird derselbe weit unter dem Verkaufspreis an die Kollegen abgegeben. Pflicht der Ortsgruppenvorstände ist es vor allem, den Vertrieb desselben energisch und systematisch in die Hand zu nehmen. Die bei der Zentrale einlaufenden Bestellungen werden sofort erledigt. Der Preis beträgt für Mitglieder 30 Pfg., portofrei 40 Pfg. für Einzelm.

Zur Quartals-Abrechnung.

Der Beitragsabrechnung an die Ortsgruppen liegen die Abrechnungsformulare und Mitgliederverzeichnisse sowie die Zahlkarte zur Arbeitslosenstatistik bei. Die Abrechnungsformulare und Zahlkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe auszuhandigen. Der Kassierer kann dadurch schon vor Quartalsabschluss mit dem Zusammenstellen der Abrechnung, besonders mit der Anfertigung der Mitgliederliste, beginnen und sogleich nach Quartalsabschluss die Abrechnung einfordern. Die Zahlkarte zur Arbeitslosenstatistik ist in der Zeit vom 1. bis 4. Oktober einzusenden. Keine Ortsgruppe darf dieses vergessen.

Wo aus Versehen dem Beitragspaß die Abrechnungsformulare nicht beiliegen sollten, wende man sich sofort an die Zentrale.

Alle den Verband betreffenden Aufschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seidenstraße 19 zu adressieren.

Die Ortsgruppe Roth erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 60 Pf.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Wülfel. Die vereinigten christl. Gewerkschaften von Döhren-Wülfel beschäftigten sich am 23. August in einer gut besuchten Versammlung mit der vom christl. Hilfs- und Transportarbeiterverband im Jahre 1904 eingereichten Rabattgenossenschaft. Der bisherige Leiter der Rabattgenossenschaft, Kollege Lins, eröffnete die Versammlung und führte in kurzen klaren Worten den Wert, Zweck und Ziele der Einrichtung den Kollegen sowie den zahlreich vertretenen Geschäftsleuten vor Augen. Daß genannte Einrichtung von Nutzen für die Kollegen ist, beweist, daß seit ihrer Gründung 4000 Mark an die Kollegen ausbezahlt wurden. Aus dem Berichte des Kassierers war zu entnehmen, daß in den ersten 10 Monaten des laufenden Geschäftsjahres 12 000 Mark mehr als im Jahre vorher umgesetzt wurden. Nach Prüfung eingehender Beschwerden und längerer Debatte über dieselben, erklärten sich sämtliche Geschäftsleute bereit, auf alle geführte Waren nach Kontrakt vereinbarten Rabatt zu gewähren. Durch die Gründung der verschiedensten Berufsverbände hier am Orte, so führte Kollege Lins aus, sei es ratsam, eine eigene Verwaltung über die Rabattgenossenschaft zu setzen und sie nicht dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbande allein zu überlassen. Dieser Vorschlag wurde auch angenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Otto Lorenz, zum zweiten Kollege F. Waber gewählt. Als Schriftführer fungiert Kollege F. Kaiser. Zum Entlasten des Rabattgeldes wurden bestimmt für Wülfel der Kollege Hindermann, für Döhren Kollege Apel. Das Hauptkassenwesen wurde dem Kollegen Joh. Lins übertragen. Ein Verzeichnis der Geschäftsleute, bei welchen die Kollegen kaufen können, wird ihnen zugestellt. Mit den Hinweis, daß die Kollegen doch den Wert der Rabattgenossenschaft in Zukunft noch mehr schätzen als bisher, schloß der Versammlungsleiter die so befriedigend verlaufene Versammlung.

Soziale Rechtssprechung.

Zum Begriff „Betriebsunfall“.

Unfälle auf dem Wege zur Arbeitsstelle und zurück werden vom Reichsversicherungsamt in ständiger Rechtssprechung nicht dem „Betriebe“ zugezählt und deshalb auch nicht entschädigt. Eine andere Beurteilung fordern und finden aber solche Fälle, in denen versicherte Personen bei Zurücklegung des Weges von einer Arbeitsstelle zur andern (wenn z. B. ein Klempner von der Werkstatz zu einem Neubau gehen muß) oder bei Ausführung eines Auftrages oder durch Mitführen von Gerätschaften zu Schaden gekommen ist. Ueber einen derartigen Streitfall hat sich das Reichsversicherungsamt durch Urteil vom 13. Mai 1908 wie folgt ausgesprochen:

„Die Wagenfahrt, auf welcher der Kläger verunglückt ist, diente unstreitig dem Zwecke, sein Handwerkszeug, insbesondere eine Hobelbank, sowie Betten und Hochgeschirre nach Beendigung der von ihm auf einem Neubau in G. geleisteten Schreinerarbeiten in seine in G. belegene Wohnung und Werkstatt zurückzubringen. Das Reichsversicherungsamt hat nun in ständiger Rechtssprechung die Auffassung vertreten, daß Unfälle, welche gewerblichen Arbeitern auf derartigen Wegen zwischen Wohnung und Betriebsstätte zustoßen, regelmäßig nicht als Betriebsunfälle anzusehen sind, da hier das eigentümliche Interesse des Arbeiters im Vordergrund steht. Diese Wege können nicht deshalb, weil sie im weitern Sinne die Arbeitsverrichtung ermöglichen, als Betriebsvorgänge gelten. Die auf den Wegen hervortretenden Gefahren sind solche des gemeinen Lebens, denen die von der Betriebsstätte heimkehrenden Arbeiter nicht in höherem Maße ausgesetzt sind, als andere Personen. Daran vermag auch im vorliegenden Falle der Umstand nicht zu ändern, daß der Kläger — sei es mit oder ohne Auftrag seines Arbeitgebers — sein Handwerkszeug mit sich führte; denn das Interesse des Unternehmers an der Entfernung des Handwerkszeugs aus dem Neubau reichte nur bis an die Grenzen der Betriebs-

stätte, im übrigen erfolgte die Fortschaffung lediglich im eigenen Interesse des Klägers.

Auch der Umstand endlich, daß der Kläger hier genötigt war, ein Fuhrwerk zur Heimkehr zu benutzen, mithin den Weg von der Betriebsstätte zur Wohnung unter Voraussetzungen zurückzulegen, welche möglicherweise die Gefahr eines Unfalles erhöhten, kann nicht zu einer abweichenden Entscheidung führen.“

Diese Entscheidung ist hinsichtlich der Würdigung sowohl der tatsächlichen wie auch der rechtlichen Verhältnisse recht bedenklich. Zunächst war doch die Wegschaffung der Hobelbänke aus dem Neubau heraus im Interesse des versicherten Betriebes notwendig, es war also eine „Betriebsarbeit“, wobei es ganz gleichgültig gelten muß, daß die Gerätschaften im Eigentum des die Arbeit im Auftrage ausführenden Arbeiters standen, denn hätte der Arbeiter nicht ausnahmsweise die Sachen zur Verfügung stellen können, so mußte die Bestellung durch den Arbeitgeber erfolgen und wären dann dessen Gerätschaften weggeschaffen gewesen. Weiterhin waren aber auch die zur Betriebsarbeit notwendigen Gerätschaften die alleinige Ursache des Unfalles; der Arbeiter war an einer absehbaren Stelle des Weges unter das umschlagende Fuhrwerk geraten.

Derartige fehlerhafte Urteile sind leider geeignet, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Unfallgesetzgebung erheblich zu vertiefen.

Ein Unternehmerriß in der Pensionskassenfrage.

Die Firma „Union“ Dortmund unterhält eine der bekannten Pensionskassen, deren Lasten zu zwei Drittel von den Arbeitern und zu einem Drittel von der ist jeder Arbeiter verpflichtet, der Pensionskasse anzugehören, sofern er verheiratet oder Witwer mit Kindern unter 14 Jahren ist. Die Ueberzahl der Arbeiter empfindet die Pensionskasse als eine Last, weil sie die Bewegungs- und Aktionsfreiheit fast vollständig lahm legt und eine Weiterversicherung bei der Kasse nach dem freiwilligen oder gezwungenen Austritte aus dem Betriebe nicht möglich ist.

Das Gewerbegericht in Dortmund, welches von ausgeschiedenen Arbeitern angerufen wurde, hat die „Union“ zur Zurückstattung der Beiträge verurteilt und in der Begründung unter anderem hervorgehoben:

„Die Pensionskasse verstoßt gegen die guten Sitten. Die Arbeitsordnung der „Union“ zwingt jeden ihrer Arbeiter — sofern er verheiratet oder Witwer mit Kindern unter 14 Jahren ist — Mitglied der Pensionskasse zu werden und schränkt dadurch indirekt die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ein. Es steht der Beklagten frei, jeden ihrer unbekanntem Arbeiter, insbesondere solche, welche auf Verbesserung ihrer Lage durch Ueberhöhung dringen, zu entlassen und so der Ansprüche an der Kasse verlustig zu machen. Es ist den entlassenen Arbeitern nicht einmal erlaubt, durch Weiterzahlung der statutenmäßigen Beiträge Mitglied der Pensionskasse zu bleiben. Wenn schon nach dem Statute des 15- bzw. 10-jähriger Mitgliedschaft bedarf, um einem Arbeiter oder seinen Erben einen Anspruch an die Kasse zu gewährleisten, so ist es zudem noch dem Gewerbegericht aus eigener Wissenschaft bekannt, daß die Arbeiterschaft der Beklagten — zum größten Teil nicht durch Schuld der Arbeiter — stark wechelt, und so nur zu einem ganz geringen Teile die Vorteile der Pensionskasse genießen kann.“

Bekanntlich sind die Urteile des Gewerbegerichts endgültig und können nicht durch Berufung an eine höhere Instanz angefochten werden, wenn das Streitobjekt 100 Mark nicht überschreitet, so daß also regelmäßig die Pensionskasse zur Zurückstattung der Beiträge gezwungen werden konnte. Als nun aber in einem berufsfähigen Falle das Dortmunder Landgericht den Standpunkt des Gewerbegerichts mißbilligt hatte, das Gewerbegericht aber trotzdem an seiner Rechtsauffassung, daß eine Pensionskasse mit solchen Statuten als gesetzwidrig angesehen werden müsse, festhielt, verfiel die „Union“ auf den Trick, daß sie in den Fällen, in denen die Forderungen des Arbeiters unter 100 Mark blieben, beim Gericht Widerklage auf Zahlung eines 100 Mark übersteigenden Betrages gegen den Arbeiter erhob, ohne aber irgend welche zur Begründung des Widerklageanspruchs dienende Tatsachen anzuführen. Selbstverständlich hat das Gewerbegericht die Widerklage abgewiesen, jedoch hat die „Union“ damit ihren Zweck, die Frage berufsungsunfähig zu gestalten, erzielt.

Das Landgericht Dortmund ist nämlich in eine materielle Prüfung der Berufungssache eingetreten und hat den Arbeiter zur Zurückzahlung der bereits auf Grund des gewerbegerichtlichen Erkenntnisses beigetragenen Beiträge verurteilt. Interessant sind die Gründe, mit welchen speziell das Landgericht seine eigene Auffassung über die Berufungsunfähigkeit des Streitfalles rechtfertigt. Greifen wir einige Sätze heraus:

„Unzweifelhaft ist auch, ob die Widerklage von vornherein unbegründet war. Es ist einer Partei unbenommen, im Prozeßwege auch solche Ansprüche geltend zu machen, von deren Sinnlosigkeit sie überzeugt ist. Es kann im vorliegenden Falle auch nicht davon die Rede sein, daß die Beklagte gegen die guten Sitten handele, wenn sie eine nicht berechtigte Widerklage nur zu dem Zweck erhebt, um das Objekt berufsungsunfähig zu machen. Die Beklagte verfuhr hier in einer Zwangslage. Das Gewerbegericht fällt in ständiger Praxis Entscheidungen, die die Existenz der

Von ihr begründeten Pensionskasse ernstlich bedrohen. Die Beklagte ist sonach, um ihre Kasse, deren Einrichtungen durch das im Vorprozesse erlassene Urteil des Berufungsgerichts als durchaus zu Recht bestehend anerkannt ist, lebensfähig zu erhalten, geradezu genötigt, auch in solchen Sachen, die an sich wegen der geringen Höhe des Objektes der Klage nicht berufsungsunfähig sind, eine weitere Entscheidung des Berufungsgerichts durch Erhebung einer berufsungsunfähigen Widerklage herbeizuführen. Bei diesem Vorgehen der Beklagten ist auch Hoffnung vorhanden, daß der als unhaltbar zu bezeichnende und das Ansehen der Rechtspflege in erheblichem Maße zu schädigen geeignete Zustand beseitigt wird, daß das Gewerbegericht und das im Instanzenwege vorgelegte Landgericht in ganz gleichliegenden Sachen künftig entgegengelegte Entscheidungen fällen.“

Diese Ausführungen des Landgerichts hinsichtlich der Zulässigkeit der Berufung sind außerordentlich bedenklich. Als das Gewerbegerichtsgesetz geschaffen wurde, waren sich die Gesetzgebenden Körperschaften darüber einig, daß die Gewerbegerichte alle Streitfälle über Forderungen bis zu 100 Mark endgültig regeln sollten. Dieser Zweck des Gesetzes wird durch das Landgericht Dortmund vollständig illusorisch gemacht, denn danach braucht nur die beklagte Partei die willkürliche Behauptung anzustellen, daß die Gegenseite ihr 100 Mark oder mehr schuldig ist, und dafür Widerklage zu erheben, um eine Sache berufsungsunfähig zu machen. Verstehen diese sich der Standpunkt des Landgerichts, wenn die „Union“ ihre Forderungen durch Tatsachen begründet hätte, wenn von ihr angeführt worden wäre, worauf ihr Widerklageanspruch beruhe. Es entspricht doch den feststehenden Grundfakten des Zivilprozeßrechtes, daß ein Klageanspruch keine Berücksichtigung finden kann, wenn die tatsächliche Begründung fehlt. Diese Grundfakten sind vom Landgerichte mißachtet worden, denn es ist in eine materielle Prüfung, der formell unzulässigen Berufung getreten, offenbar von dem Bestreben geleitet, seiner Rechtsauffassung über die Pensionskassen gegenüber dem Gewerbegerichte Geltung zu verschaffen.

Wenn die von dem Landgerichte vertretene Auffassung bezgl. der Berufungsunfähigkeit einer „nichtgerechtfertigten Widerklage“ richtig ist, so könnte auf diesem Wege jede Klage am Gewerbegericht — egal, wie hoch der Gegenstand des Streitgegenstandes, — berufsungsunfähig gemacht werden. Damit wäre die diesbezügliche Bestimmung des Gewerbegerichtsgesetzes praktisch aufgehoben. — Da wird es Sache des Gesetzgebers sein, dieser juristischen Ausleackunst einen Riegel vorzuschieben.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewußter Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Nachen-Wurtscheid. Samstag, den 19. Sept., abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Lokale des Herrn Wilhelm Bieten, Dannewstraße 17. (Bericht von der Generalversammlung.)

Witten. Sonntag, den 20. Sept., vorm. 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wiegand im Vereinslokal.

Sieumarshütte. Sonnabend, den 19. Sept., abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Tiefhauer.

Wronberg. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 20. Sept. im Lokal Belz, Fritzensthal 4. Schloße (mit Frauen). Vortrag des Kollegen Hofmann.

Wocholt. Sonntag morgen 11 1/4 Uhr bei Franz Jozing Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Söln. Sonntag, den 27. Sept., nachm. 3 Uhr im „Dedes Tommes“ Glockengasse Kartell-Konferenz.

Dortmund. Sonntag, den 20. Sept., vorm. 11 Uhr außerordentliche General-Versammlung.

Duisburg I. Sonntag, den 20. Sept., vorm. 10 Uhr im Lokale Mt. Wenz, Eise Steins- und Tiergartenstraße Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung. Die Mitgliedsbücher sind einzuführen und mitzubringen.

Thurn-Dellbrück. Sonntag, den 27. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Refektor „Kochhöfen“. Wichtige Tagesordnung.

Essen Ortsverwaltung. Am Sonntag, den 20. Sept., vorm. 10 1/2 Uhr findet die außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Generalversammlung in München. Am Saaleingang ist das Verbandsbuch vorzuzeigen. Die Sektionsversammlungen fallen aus.

Essen-Kleingewerbe (Schlosser, Dreher u. Schmiede.) Samstag, 19. Sept., abends 7 1/2 Uhr Versammlung mit nachfolgender Retruken-Abschiedsfeier im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19. Kollegen anderer Sektionen und Damen sind willkommen. Sonntag, den 20. Sept. Agitationstour nach Kupferdreh. Dasselbst um 4 Uhr bei Felberhoff, Hauptstraße eine große öffentliche Metall- und Hüttenarbeiter-Versammlung. Kollegen, es gilt unserm Verband in Kupferdreh Eingang zu verschaffen. Deshalb ergeht in Massen! Treffpunkt 1 1/2 Uhr am Hauptbahnhof in Essen.

Essen-Kupferdreh. Sonntag, den 20. Sept., 4 Uhr bei Felberhoff, Hauptstr. große öffentliche Metall- und Hüttenarbeiter-Versammlung.

Gelsenkirchen Ortsverwaltung. Sonntag, den 20. Sept., vorm. 11 Uhr allgemeine Versammlung bei Dirkes. Bericht über die Generalversammlung in München. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Gladbeck. Nächste Mitglieder-Versammlung Samstag, 19. 9., abends 7 1/2 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus bei Peter Koppth.

Sangelsheim. Sonntag, den 20. Sept., abends 7 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Winkelmann.

München. Samstag, den 19. Sept., abends 8 Uhr im Kollegarten Versammlung mit Bericht über den 5. Verbandstag. Prof. Kollege Westermeyer.

Schuffenried. Samstag, den 19. Sept., abends 8 Uhr Versammlung.